

LANDTAGS NACHRICHTEN

5. Juni

4 / 2015

www.landtag-mv.de



**Tag der offenen Tür
im Landtag**
am Sonntag, dem 21. Juni

+++ 100 Tage Mindestlohn +++ Gerechte Flüchtlingspolitik +++ NPD-Verbotsverfahren +++ Einheitliche Netz-
entgelte +++ NDR-Musikprogramm +++ Parlamentsforum Südliche Ostsee +++ Jugend debattiert +++ Jugend-
projekt in Ravensbrück +++ Archäologische Funde im Innenhof +++ Progam am „Tag der offenen Tür“ +++



Titelfoto: (Jörn Lehmann) Blick vom Burgsee auf das Schweriner Schloss

3	GASTKOLUMNE	Katharina Baganz (21, Lehramtsstudentin Uni Rostock), zum Redewettstreit „Jugend debattiert“
4 – 20	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	100 Tage Mindestlohn – eine Errungenschaft?
6 – 11	Berichte	Aussprache zum Thema: Humanitäres Leid darf nicht Normalität sein – für ein entschlossenes europäisches Handeln in der Flüchtlingspolitik Für eine friedliche und gewaltfreie Politik Bundesweit einheitliches Netzentgelt einführen Gründer-Potenziale mobilisieren – Startbedingungen für innovative Unternehmen weiter verbessern TTIP – neue Wege bei der Beilegung von Investorenstreitigkeiten gehen
12	Weitere Beschlüsse	Gesetzentwurf von Grünen und Linken zur Änderung des Gerichtsstrukturgesetzes Tätigkeitsbericht 2014 des Petitionsausschusses Evaluierung des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern Lehramtsausbildung und Unterrichtsfach „Deutsche Gebärdensprache“ Immunitätsangelegenheiten
13 – 21	Original-Debatte	Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum NPD-Verbotsverfahren umsetzen
22 – 25	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Parlamentsforum Südliche Ostsee in Hamburg <i>Petitionsausschuss:</i> Öffentliche Beratung zum NDR-Musikprogramm <i>Finanzausschuss:</i> Anhörung zum Gutachten über die kommunalen Sozialausgaben in M-V <i>Innenausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zur Zukunft von kommunalen Wohnungsunternehmen
26 – 32	PANORAMA	Landesfinale 2015 „Jugend debattiert“ Jugendbegegnungstage in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück Archäologische Funde im Schloss-Innenhof Programm „Tag der offenen Tür“ im Landtag
32	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

SchülerInnen am Rednerpult?

„Jugend debattiert“ im Landtag

Am 28. April wurde im Plenarsaal des Landtages wieder fleißig debattiert. Doch es waren nicht die Abgeordneten, die am Rednerpult standen, sondern 16 Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Land.

Wer noch nicht weiß, um welchen Wettbewerb es sich handelt, der darf gerne weiterlesen: Denn an dem besagten Dienstag fand nun schon zum wiederholten Male das Landesfinale Mecklenburg-Vorpommern des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ im Schweriner Schloss statt, um die vier besten Redner (von insgesamt 5.350 Teilnehmern in M-V!) zu ermitteln.

Es ist immer wieder eine Freude, in diesem Rahmen durch die Flure des Landtages zu streifen und dabei einen Blick in die Debattenräume zu werfen. Was man da sieht und hört, sind Jugendliche, die sich mit aktuellen gesellschaftlichen und politischen Streitfragen auseinandersetzen und das Für und Wider gegeneinander abwägen. Das Ergebnis ist weder ein Kompromiss noch ein Gesetzesentwurf. Vielmehr dient die Debatte dazu, das Thema für uns als Zuhörer zu beleuchten.

Der Wettbewerb „Jugend debattiert“ wird seit zehn Jahren auf Bundesebene ausgetragen und dabei von der Gemeinnützigen Hertie Stiftung, der Robert-Bosch-Stiftung, der Stiftung Mercator und der Stiftung Heinz Nixdorf getragen. In Mecklenburg-Vorpommern ist der Landtag seit langer Zeit Partner und sogar Mitveranstalter des Wettbewerbs. Dies ermöglicht den Finalisten, im Plenarsaal ihre entscheidende Debatte führen zu können. Das ist zum einen eine besondere Atmosphäre, zum anderen aber auch der wohl passendste Ort dafür – denn dort wird Landespolitik gemacht.

Ein Zuckerschlecken ist das Landesfinale jedoch nicht. Denn die 16 Teilnehmer der Sekundarstufen I und II, die ein paar Wochen zuvor schon gemeinsam ein Rhetorikseminar in Schwerin/Mueß besucht haben, wurden zunächst in die Qualifikationsrunden geschickt. Die vier, die sich jeweils in ihrer Altersgruppe beweisen konnten, mussten dann noch ein weiteres Mal ihre Aufzeichnungen durchgehen und sich für die Finaldebatte am Nachmittag vorbereiten. Das heißt für die Finalisten: drei Debatten an einem Tag – ein unglaublich großes Stück Arbeit!



Foto: privat

Katharina Baganz, 21, studiert und lebt in Rostock. Seit 2009 engagiert sie sich für das Projekt „Jugend debattiert“ als Debattantin, Jurorin und seit 2014 auch als Moderation des Landesfinals.

Doch für das Finale wurden die acht Debattanten gut vorbereitet und begleitet von den Alumni, den „alten Hasen“, des Projektes. Manchmal braucht man in diesem Moment jemanden, der ganz genau weiß, wie sich die Aufregung vor einer solch wichtigen Debatte anfühlt.

Und dann war es am Nachmittag schon soweit: Alle Zuhörer, Lehrer und Schüler strömten in den Plenarsaal, um zu sehen, wer Mecklenburg-Vorpommern in den Sekundarstufen I und II am 27. Juni 2015 in Berlin vertreten wird. Die Fragen verlangten eine gute Vorbereitung. In der ersten Debatte setzten sich die Jugendlichen mit der Frage „Sollen Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen dazu verpflichtet werden, im Rahmen eines Schulausflugs einen Gedenkort an die deutsche Teilung zu besuchen?“ auseinander. Die Finalisten der Sekundarstufe II debattierten zur Frage „Soll in Deutschland die Vorratsdatenspeicherung wieder eingeführt werden?“.

„ Von den jungen Debattanten können sich auch Politiker eine Scheibe abschneiden. „

Eine gute Debatte lebt von konkreten Fakten, knackig formulierten Argumenten, einer hohen Gesprächsfähigkeit und großer Überzeugungskraft. Nach diesen Kriterien ermittelten die Juroren folgende LandessiegerInnen: Kim Ariane Schmidtchen (Neubrandenburg) und Mette Bluhm (Rostock) in der Sekundarstufe I sowie Gregor Heilborn (Schwerin) und Steven Giermann (Neubrandenburg) in der Sekundarstufen II.

Es war wieder schön, dieses Landesfinale im Landtag miterleben zu können – vielen Dank dafür! Für die kommenden Jahre wäre es jedoch schön, neben Frau Bretschneider, Herrn Brodkorb, Herrn Mucha und Herrn Reinhardt noch mehr Abgeordnete zur Veranstaltung begrüßen zu können. Denn von den jungen Debattanten dürften sich auch erfahrene Politiker eine Scheibe abschneiden können.

Katharina Baganz

100 Tage Mindestlohn – eine Errungenschaft?

In der Aktuellen Stunde gingen die Meinungen darüber auseinander

Seit 1. Januar gilt in Deutschland der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. „Das ist eine deutliche Wertschätzung von Arbeit“, sagt Martina Tegtmeier von der SPD in ihrer Bilanz nach 100 Tagen. Ihre Fraktion hatte das Thema am 22. April in die Aktuelle Stunde eingebracht. Befürchtungen – wie der Anstieg von Arbeitslosigkeit – haben sich zwar auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht bewahrheitet, aber die von vielen Zwischenrufen geprägte Debatte zeigte, dass das Thema Mindestlohn auch auf Landesebene weiterhin ein Zankapfel bleibt. Für die Linken brachte die Diskussion keine neuen Erkenntnisse. Die Grünen warnten vor einer Aufweichung des Gesetzes. Die CDU betonte, dass 100 Tage für eine Bilanz zu wenig seien. Und für die NPD hat das Gesetz nichts mit „sozialer Würde“ zu tun.

Fotos: Uwe Balewski



Martina Tegtmeier (SPD)

100 Tage Mindestlohn – für **Martina Tegtmeier** sind sie „ein großer Erfolg“. Die SPD-Politikerin betonte, dass in Mecklenburg-Vorpommern ungefähr ein Fünftel aller Vollbeschäftigten von ihm profitieren. Horrorszenarien wie massive Betriebsschließungen, Preiserhöhungen oder Jobverluste seien dagegen ausgeblieben. „Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen war in den letzten drei Monaten sogar rückläufig.“ Es treffe zwar zu, dass Verbraucher beispielsweise im Taxi, beim Bäcker oder in Hotels zum Teil mehr bezahlen müssen. „Eine Dramatik kann ich darin aber nicht erkennen“, so Tegtmeier. Dass einige Arbeitgeber versuchen, den Mindestlohn zu umgehen, müsse mit stärkeren Kontrollen unterbunden werden. Kritik an der Dokumentationspflicht von Arbeitszeiten hält sie indes für unangebracht. „In vielen Berufen ist das seit Jahrzehnten gang und gäbe.“



Ministerpräsident Erwin Sellering

Ministerpräsident **Erwin Sellering** sieht in der Einführung des Mindestlohns „eine große soziale Errungenschaft“ und

einen „wichtigen Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes“. „Der Mindestlohn hilft nicht nur Arbeitnehmern. Er stärkt auch diejenigen Unternehmen, die immer schon vernünftige Löhne gezahlt haben, und zwingt diejenigen zum Umdenken, die sich bisher durch Lohnrückerei einen Wettbewerbsvorteil verschaffen wollten“, sagte der Regierungschef. Außerdem sei der Mindestlohn ein wichtiger Baustein für eine Lohnspirale nach oben. „Es wird sich im Vollzug des Gesetzes noch herausstellen, dass wir die eine oder andere Änderung brauchen. Aber ich sage ganz klar: Den Mindestlohn in Bausch und Bogen zu verdammen, das geht nicht.“



Jürgen Suhr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Es ist gut, dass endlich denjenigen Grenzen gesetzt werden, die über Jahre viel zu niedrige Löhne gezahlt haben und dem Staat auf der Tasche lagen, weil Beschäftigte gezwungen waren, ihre niedrigen Löhne aufzustocken“, sagte **Jürgen Suhr**, Fraktionsvorsitzender der Grünen. Mit Blick auf das bundesweit zweithöchste Armutsrisiko habe kaum ein anderes Bundesland den Mindestlohn so dringend gebraucht wie Mecklenburg-Vorpommern. Die Einführung habe weder Arbeitsplätze gekostet noch zu Insolvenzen geführt. „Genauso verhält es sich mit dem Gerede von angeblich unzumutbaren Dokumentationspflichten. Hier wird ganz einfach Stimmung gemacht.“ Abschließend sprach er sich für eine sinnvolle Evaluierung des Gesetzes aus, aber gegen eine Aufweichung, „an deren Ende kein echter Mindestlohn mehr steht“.

Torsten Renz (CDU) bezweifelte, dass sich bereits nach 100 Tagen ein Fazit ziehen lasse. Er betonte, dass es beim Mindestlohn nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie gehe. Mit der Dokumentationspflicht alle Arbeitnehmer un-



Torsten Renz (CDU)

ter Generalverdacht zu stellen, halte er nicht für angebracht. Ferner müsse geschaut werden, ob diejenigen, die vorher weniger als 8,50 Euro erhielten, nun tatsächlich mehr Geld in der Tasche haben. Verwundert zeigte sich Renz über die Argumentation der SPD: „Wir führen etwas ein, ein Job-Abbau findet nicht statt – und das ist dann eine große Errungenschaft?“ An die Sozialdemokraten gerichtet, sagte er: „Wenn Sie sich schon inhaltlich damit befassen wollen, dann würde ich empfehlen, das zu einem Zeitpunkt zu tun, wenn wir nicht in einer konjunkturellen Hochphase sind.“



Udo Pastörs (NPD)

Von sozialer Gerechtigkeit könne beim Thema Mindestlohn keine Rede sein, betonte **Udo Pastörs** (NPD). „Wir haben bei einem regulären Beschäftigungsverhältnis von 40 Stunden in der Woche einen Bruttolohn von 1.360 Euro.“ Wer über Jahrzehnte zum Mindestlohn beschäftigt werde, müsse im Alter auf Sozialhilfe-Niveau leben. Aus seiner Sicht entlaste der Mindestlohn lediglich die Staatskasse. „Es ist nicht so, dass ein Arbeitnehmer mehr Netto in der Tasche hat, wenn er vorher 7,10 Euro hatte und jetzt 8,50 Euro, weil er auf der anderen Seite staatliche Leistungen gestrichen bekommt.“ Er sieht darin die Gefahr, dass der Staat sich in der Folge künftig nicht mehr um den Billiglohnbereich kümmern werde.



Helmut Holter (DIE LINKE)

„Was hat der Austausch, den wir jetzt hier geführt haben, denen gebracht, die unter dem Mindestlohn verdienen, Hartz IV oder eine Mindestrente empfangen oder von Sozialhilfe leben? Nichts!“, stellte **Helmut Holter**, Fraktionsvorsitzender der Linken, in den Raum. Er warb deshalb einmal mehr dafür, auch die Regelsätze von Hartz IV, die Ausbildungssätze und Renten zu erhöhen. Unternehmen mit Tarifverträgen Übergangsweise vom Mindestlohn freizustellen, hält er für falsch. „Es gibt Unternehmen, die Tarife abgeschlossen haben unter 8,50 Euro pro Stunde.“ Zusammenfassend sei es notwendig, alle Ausnahmemöglichkeiten im Gesetz zu beseitigen. „Wir wollen einen Mindestlohn ohne Wenn und Aber.“



Jochen Schulte (SPD)

Kontrolle müsse sein, sagt **Jochen Schulte** (SPD) in Bezug auf die Dokumentationspflicht der Unternehmen. Andernfalls werde es keinen wirksamen Mindestlohn geben. Befürchtungen, dass damit ein Bürokratiemonster geschaffen wird, könne er nicht nachvollziehen: „Wenn man sich anschaut, welche Kontrollen im Zusammenhang mit Beschäftigungsverhältnissen bereits stattfinden, kann mir keiner erzählen, dass das ein unzumutbarer Arbeitsaufwand ist.“

Fotos: Uwe Barlewski

Fluchtursachen bekämpfen

Demokratische Fraktionen sprachen sich für entschiedeneres Handeln in der Flüchtlingspolitik aus

Täglich steigen tausende Kinder, Frauen, Männer in überfüllte Boote – in der Hoffnung, auf der anderen Seite des Mittelmeeres ein besseres Leben zu finden. Ein Leben ohne Krieg, Hunger, Verfolgung. Auf dem Weg dahin geraten die Flüchtlinge immer wieder in Seenot, viele sterben. Eines der schlimmsten Flüchtlingsdramen ereignete sich am 19. April, als mehr als 800 Menschen ertranken. Vor diesem Hintergrund verständigten sich SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine Aussprache zu diesem Thema. Sie wurde am 23. April kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt. Die Redner aller demokratischen Fraktionen sprachen sich für ein entschlossenes europäisches Handeln in der Flüchtlingspolitik aus, damit humanitäres Leid keine Normalität werde.

„Das Leid stellt uns in Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und Europa vor große Herausforderungen und legt gemeinsame Verantwortung offen.“ Ziel aller Bemühungen müsse, so **Dagmar Kaselitz** (SPD), eine gerechte Flüchtlingspolitik sein. Bislang trage Italien die Hauptlast des Flüchtlingsstroms. Sie begrüßte die deutsche Unterstützung für die Seenotrettung und für ein Pilotprojekt zur Verteilung von vorerst 5.000 Flüchtlingen in Europa. Zu einer erfolgreichen Flüchtlingspolitik gehöre aber auch, die Fluchtursachen zu bekämpfen. „Den Menschen müssen in ihren Heimatländern Perspektiven eröffnet werden.“ Nötig sei außerdem, eine schnelle maritime Rettungstruppe aufzustellen, die Verantwortung bei der Aufnahme von Asylbewerbern solidarisch zu teilen, legale Einreisemöglichkeiten zu erweitern und entschiedener gegen Schlepperbanden vorzugehen.

„Das Mittelmeer steht nicht erst seit diesen Tagen für Hoffnung und Verzweiflung“, sagte **Helmut Holter**, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Allein vor Lampedusa seien nach Angaben von Flüchtlingsorganisationen seit 2005 mehr als 6.000 Menschen ums Leben gekommen. „Nicht nur ich frage mich: Wie lange will die Politik noch ihre obligatorischen Trauerreden halten und dann doch alles beim alten lassen?“ Seine Fraktion fordere ein unantastbares Recht auf Asyl, besseren Zugang zu Sprachkursen, Ausbildung und zum Arbeitsmarkt sowie ein grundsätzliches Verbot von Waffenexporten. Eine Politik der Abschottung hält Holter für den falschen Weg. „Die Menschen vor Ort brauchen eine Chance zur Entwicklung, damit sie nicht fliehen müssen.“ Das bedeute auch, dass reiche Nationen mehr teilen müssten.

Für **Michael Andrejewski** (NPD) war klar: „Deutschland ist dabei, den kriminellen Schlepperorganisationen auf den Leim zu gehen.“ Deren Werbekampagnen seien professio-

Foto: Jens Büttner



Im Kinder- und Jugendwohnheim „Boizehaus“ in Boizenburg werden minderjährige Flüchtlinge, darunter diese 16-Jährigen aus Eritrea, betreut.

nell gemacht und an die gehobene Mittelschicht gerichtet. „An jene, die 5.000 Dollar pro Person bezahlen können. Das können sich die Armen gar nicht leisten.“ Seiner Meinung nach lasse jene Mittelschicht mit einer Flucht ihre Landsleute im Stich. „Statt ihnen dann auch noch Integrationskurse anzubieten, sollte dieses Geld lieber eingesetzt werden, um die Lebensverhältnisse in den syrischen Flüchtlingslagern zu verbessern.“ Der NPD-Abgeordnete unterstellte den Schlepperbanden, die Unglücke im Mittelmeer zu inszenieren. „Die wissen, dass sie nur für emotionale Bilder und Betroffenheit sorgen müssen, damit der Westen in die Knie geht und alle aufnimmt.“

„Was sich im Mittelmeer ereignet, lässt uns wieder fassungslos vor dem Flüchtlingsproblem stehen. Zu Recht wird der Ruf nach einer europäischen Lösung laut“, sagte **Michael Silkeit** (CDU). Diese zu finden bedürfe einer gesamteuropäischen Anstrengung. Anders als Helmut Holter sieht er die Lösung aber nicht in einer vorbehaltlosen Aufnahme aller Flüchtlinge. „Vielmehr müssen wir den Schleppern ihre Existenzgrundlage entziehen.“ Die vom Bundesinnenministerium ins Spiel gebrachte Idee von Begrüßungszentren auf dem afrikanischen Festland hält er für einen diskussionswürdigen Baustein auf diesem Weg. „Vor allem aber müssen wir uns den Fluchtursachen stellen. Die Hilfe muss direkt vor Ort erfolgen.“ Über allem stünden am Ende aber die Frage nach den Finanzen und die Überlegung, ob die Mittel nicht besser verteilt werden müssten.

„Seit Jahresbeginn sind im Mittelmeer mehr als 1.800 Menschen gestorben“, machte **Silke Gajek** (B' 90/DIE GRÜNEN) deutlich. Umso wichtiger sei es, dass die EU geeignete Maßnahmen zur Rettung von Menschenleben auf den Weg bringe. Sie erinnerte an die 2013 von Italien ins Leben gerufene Seenotrettungsmission „Mare Nostrum“, die im vergangenen Jahr 150.000 Flüchtlinge gerettet habe. „Doch weil die EU-Mitgliedsstaaten die monatlichen Kosten von neun Millionen Euro nicht mittragen wollten, wurde sie Ende 2014 eingestellt – auch weil die Bundesregierung zugestimmt hatte.“ Andere Programme wie „Triton“ seien kein adäquater Ersatz, da ihr Fokus auf der Abschottung der Grenzen liege. Ihre Fraktion fordere eine neue Initiative der Seenotrettung auf dem Niveau von „Mare Nostrum“ und – um Schleppern das Handwerk zu legen – weitere legale Einreisemöglichkeiten wie humanitäre Visa.

Friedenspolitik

DIE LINKE scheitert mit ihrem Antrag für ein friedenspolitisches Signal

Am 22. April vor 100 Jahren setzte Deutschland in Ypern erstmals Giftgas als Massenvernichtungswaffe ein. Am 8. Mai vor 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. Am 6. und 9. August vor 70 Jahren warfen die USA über Hiroshima und Nagasaki Atombomben ab. „Meine Fraktion nimmt die Jahrestage zum Anlass, im Landtag ein klares friedenspolitisches Signal zu setzen“, begründete Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender der Linken, seinen Antrag für eine friedliche und gewaltfreie Politik. „Krieg darf nicht länger ein Mittel der Politik sein.“ SPD, CDU und Grüne pflichteten dem grundsätzlich bei. Den Koalitionsfraktionen war der Antrag jedoch zu abstrakt, deshalb stimmten sie dagegen. Gegen den Antrag der Linken stimmte auch die NPD-Fraktion.

Die Menschheit habe bislang keine Lehren aus den verheerenden Ereignissen gezogen, Krieg gehöre auch heute noch zum Alltag. „Nicht nur in Afrika, Asien und Süd-Amerika. Auch in Europa, denken wir an den Balkan oder die Ukraine“, sagte **Helmut Holter** (DIE LINKE) bei der Begründung des Antrags. Seine Fraktion wisse, dass der Landtag nicht für Verteidigungs- oder Außenpolitik zuständig sei. „Wir meinen aber, dass es ihm mit Blick auf die Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns gut zu Gesicht steht, sich in der Frage von Krieg und Frieden klar zu positionieren“, betonte Holter. Ein zustimmender Beschluss wäre aus seiner Sicht „ein wichtiges öffentliches Signal“.

Heinz Müller (SPD) nannte es befremdlich, dass DIE LINKE nicht den Versuch unternommen hat, zu solch einem wichtigen Thema einen gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen herbeizuführen. Er halte es für richtig, an derart furchtbare Ereignisse der Geschichte zu erinnern und zu friedlicher Politik zu mahnen. Er vermisse jedoch eine Antragsbegründung sowie einen Bezug zur aktuellen Weltlage, zur Situation in Mecklenburg-Vorpommern oder – ausgehend von Ypern – eine Reflexion der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft. Stattdessen enthalte der Antrag „sicherlich sehr wohlklingende, aber nur abstrakte Bekenntnisse zum Frieden“. Diese Schlichtheit sei ärgerlich und werfe die Frage auf: „Was bringt uns diese Diskussion?“

Jürgen Suhr, Fraktionsvorsitzender der Bündnisgrünen, hält die Aussagen im Antrag ebenfalls für oberflächlich. Seiner Meinung nach ducken sich die Linken vor der Frage weg, wie mit der globalpolitischen Situation umzugehen sei. „Was sind denn die Lösungen der Linken, wenn es darum geht, sich mit Menschenrechtsverletzungen auseinanderzusetzen?“ Er warf ihnen außerdem vor, sich beispielsweise im Ukraine-Konflikt nicht nach den von ihnen deklarierten Leitlinien zu richten. Pauschal gesehen seien die Forderungen jedoch richtig. Man könne nicht oft genug daran erinnern, wie wichtig Frieden sei. „Das begründet auch

Foto: Reinhard Klawitter



Kranzniederlegung am 8. Mai, dem Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, am Mahnmal „Die Mutter“ in Raben Steinfeld bei Schwerin. Für den Landtag legte Vize-Präsidentin Beate Schlupp einen Kranz nieder.

die Zustimmung meiner Fraktion zu dem Antrag.“

„Ich bin der Fraktion DIE LINKE sehr verbunden, dass sie uns mit dem Antrag die Gelegenheit gibt, innezuhalten und der Opfer zu gedenken“, sagte **Michael Silkeit** (CDU). Angesichts wiederkehrender politischer Ereignisse sei es gut, regelmäßig an verfassungsrechtliche Grundlagen wie Friedensverpflichtung und Gewaltfreiheit zu erinnern. Aus seiner Sicht versuche DIE LINKE jedoch in Teilen des Antrages, dem Landtag ihr Parteiprogramm „unterzujubeln“. „Sie erwarten doch nicht wirklich, dass wir dem zustimmen?!“

Tino Müller (NPD) nannte den Antrag der Linken verlogen. „Sie fordern in Ihrem Antrag, gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei zu lösen. Auf der anderen Seite haben Sie das gewaltverherrlichende linke Hetzerportal Indymedia unter Lesezeichen gespeichert. Das passt nicht zusammen.“ Er betonte, dass es am Rande von Mvgida-Veranstaltungen regelmäßig zu linksextremen Gewaltausbrüchen käme und es kein Jahr her sei, als Linksextremisten in Mecklenburg-Vorpommern Polizisten und ihre Familien bedrohten.

„Unser Antrag hat sehr wohl etwas mit Mecklenburg-Vorpommern zu tun“, sagte **Dr. André Brie** (DIE LINKE) mit Verweis auf die Peenewerft in Wolgast und den möglichen Bau von 30 Patrouillenbooten für Saudi-Arabien. „Wer sich mit Saudi-Arabien beschäftigt, dem müsste bewusst sein, dass man die Beschäftigten in Wolgast und der Region nicht vor eine Situation stellen darf, in der ihr Arbeitsplatz von Waffen nach Saudi-Arabien abhängig ist.“ Einen gemeinsamen friedenspolitischen Antrag mit den demokratischen Fraktionen schloss der Linkspolitiker nicht aus. Möglichkeiten dafür gebe es in diesem Jahr schließlich noch einige. *Antrag DIE LINKE Drucksache 6/3892*



Über das neue Umspannwerk Parchim-Süd verteilen die Energieunternehmen WEMAG und „50 Hertz“ Strom aus Solaranlagen und Windkraftparks.

Foto: Jens Büttner

Netzentgelte fairer verteilen

Landtag verabschiedet einstimmig Entschließung des Energieausschusses

In Mecklenburg-Vorpommern werden Verbraucher im bundesweiten Vergleich hinter Brandenburg am stärksten für Investitionen in das Stromnetz zur Kasse gebeten. Die Grünen sehen darin eine Ungleichbehandlung von Verbrauchern sowie Standortnachteile für Unternehmen. Ihre Forderung nach bundesweit einheitlichen Netzentgelten wurde im vergangenen Jahr in den Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung überwiesen. Der schloss sich dieser Ansicht an und empfahl zusätzlich die Schaffung einer Landesregulierungsbehörde. Die Abgeordneten stimmten dieser Entschließung am 22. April einstimmig zu. Nun ist die Landesregierung gefragt, sich auf Bundesebene für eine faire Kostenverteilung starkzumachen.

„Der Ausbau und die Modernisierung der Netzinfrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende in Deutschland – und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, sagt **Rudolf Borchert**, Vorsitzender des Energieausschusses. Folglich müssten auch die Kosten gleichmäßig auf alle Kunden umgelegt werden. Die bisherige Praxis der Netzbetreiber, die Entgelte nur auf die Verbraucher im jeweiligen Versorgungsgebiet zu wälzen, führe nicht nur zu einem Nord-Süd- und Ost-West-Gefälle, sondern auch innerhalb von Mecklenburg-Vorpommern zu unterschiedlich hohen Netzentgelten.

„Das Energieministerium wird sich für bundeseinheitliche Netzentgelte über alle Spannungsebenen einsetzen“, kün-

digte Justizministerin **Uta-Maria Kuder** in Vertretung für Energieminister Christian Pegel an. Die Landesregierung betrachte dies als Abarbeitung von Punkt 75 der Koalitionsvereinbarung. Die Ministerin verwies jedoch darauf, dass der Bundestag kürzlich einen Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu einheitlichen Netzentgelten abgelehnt habe. „Damit ist das Thema auf Bundesebene vorerst verbrannt.“ Das Energieministerium erkenne durchaus die Vorteile einer eigenen Landesregulierungsbehörde. Bevor dazu aber eine Entscheidung falle, würden nun zunächst die Erfahrungen anderer Landesregulierungsbehörden ausgewertet.

Auch **Jürgen Seidel** (CDU) hält bundesweit einheitliche Netzentgelte für wichtig. „Es wäre verrückt, wenn die Länder, die sich am stärksten bei der Entwicklung erneuerbarer Energien engagieren, am Ende unter den höchsten Preisen zu leiden hätten.“ Er ist jedoch ebenfalls skeptisch, ob sich auf Bundesebene genügend Mehrheiten dafür finden werden. „Solange solche Fragen nicht geklärt sind, können wir das Tempo des Ausbaus so nicht mehr mitgehen. Andernfalls würden wir die Kostenschere immer weiter zu unseren Lasten auseinander schieben.“ Er warb deshalb dafür, nicht allzu lange mit der Einrichtung einer Landesregulierungsbehörde zu warten. „Das sind nicht so furchtbar viele Stellen, als dass man nun vor Ehrfurcht zu Salzsäure erstarren müsste.“

„Viele Menschen im Land empfinden es als Ungerechtigkeit, dass wir viel zur Energiewende beitragen, aber am meisten dafür bezahlen“, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Sie drängte darauf, möglichst schnell zu einer bundesweit einheitlichen Regelung zu kommen. Greife diese erst in ein paar Jahren, würden die Verbraucher in M-V doppelt zur Kasse gebeten: erst für den eigenen Netzausbau, dann für die Netzmodernisierung anderer Bundesländer. Sie appellierte an die Abgeordneten, sich länderübergreifend für das Anliegen starkzumachen – auch wenn es schwierig werde, jene Länder, die von der dezentralen Regelung profitieren, zu überzeugen. „Da sind noch dicke Bretter zu bohren.“

David Petereit (NPD) störte sich daran, dass mit dem Antrag Punkte beschlossen würden, an denen die Landesregierung

ohnehin schon dran sei. „Das ist so, also wenn man jemanden zum Naseputzen auffordert, der das schon macht – im Grunde eigentlich hohl.“ Er erinnerte daran, dass sich die Landesregierung schon einmal für bundeseinheitliche Netzentgelte eingesetzt habe. „Im Ergebnis brachte das einen Entschließungsantrag des Bundesrates – ohne Ergebnis. Und kein Ergebnis, das ist auch diesmal zu erwarten.“ Dafür sei Mecklenburg-Vorpommern viel zu klein und einflusslos in der Bundespolitik. Seine Fraktion stimme dennoch der Entschließung zu, „weil sie richtige Punkte enthält“.

Johann-Georg Jaeger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält es für „eine Sternstunde dieser Legislaturperiode, dass ein Oppositionsantrag von der Regierungskoalition in den Ausschuss überwiesen und nach einer beeindruckenden Anhörung deutlich verbessert wurde“. Er begrüßte die Entscheidung für eine Landesregulierungsbehörde. Sich bereits bestehenden Behörden in Nachbar-Bundesländern anzuschließen, hält er nicht für sinnvoll. „Wir sollten die Fachkompetenz bei uns im Land haben.“ Das sei zwar nicht zum Nulltarif zu bekommen, sollte es aber wert sein, „weil das ein wesentlicher Punkt für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes ist“. Er appellierte an die Bundesländer, die derzeit von dem Ungleichgewicht profitieren, Solidarität zu zeigen. „Das wird am Ende allen Beteiligten nützen.“

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2837

Beschlussempfehlung Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Drucksache 6/3882

Netzentgelte

Wer Strom bezieht, muss dem Netzbetreiber für die Nutzung des Stromnetzes ein Entgelt zahlen. Hierfür legt der Betreiber die Kosten für Ausbau und Unterhaltung der Netze zugrunde und legt diese derzeit anteilig auf die Verbraucher in seinem Versorgungsgebiet um. Je nach Zustand und Ausbaubedarf der Netze sowie Anzahl der Kunden unterscheiden sich die Preise von Region zu Region. Bei Privat- und Gewerbekunden machen diese Netznutzungsentgelte bis zu 26 Prozent des Strompreises aus.

Gründer-Potenziale mobilisieren

Landtag sieht Bund in der Pflicht

Jungunternehmer, die in Mecklenburg-Vorpommern eine Firma gründen möchten, haben es nach Ansicht der CDU-Fraktion schwer, Zugang zu Risikokapital zu finden. Gründe dafür seien mangelnde Angebote und risikoscheue Kapitalgeber. Die Christdemokraten halten es deshalb für wichtig, dass sich die nationale Förderbank

Foto: Jens Büttner



Das Unternehmen HNP Mikrosysteme Schwerin entwickelt, produziert und vertreibt Mikropumpen, die kleine Flüssigkeitsmengen schnell und präzise dosieren. Solche Pumpen werden in der Medizin, im Maschinen- und Anlagenbau, in der chemischen und pharmazeutischen Produktion sowie in neuen Märkten wie Biotechnik, organischer Elektronik oder Luft- und Raumfahrt eingesetzt.

KfW stärker bei der Finanzierung von Start-up-Unternehmen engagiert. Auf ihre Initiative hin beauftragte der Landtag die Landesregierung am 24. April, sich auf Bundesebene für bessere Startbedingungen für innovative Unternehmen einzusetzen. Der Vorschlag der Linken, den Antrag im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren, fand keine Mehrheit.

Die Chancen für Verbesserungen stünden gut wie nie, sagte **Wolfgang Waldmüller** (CDU) und verwies auf aktuelle Gespräche zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und der KfW. „Wir bitten die Landesregierung, sich in diese Gespräche einzubringen.“ Dreh- und Angelpunkt müsse die KfW als Anker-Investor sein. „Die jährlichen Gründermonitore belegen ja, dass auch Gründer in M-V die KfW-Programme verstärkt in Anspruch nehmen.“ Er schlägt außerdem vor, klar zu definieren, was ein Start-up-Unternehmen ist. Daran ließen sich gezielte Fördertatbestände oder Ausnahmeregelungen knüpfen. Verbesserungen seien auch für Crowdfunding-Plattformen nötig. „Hier brauchen wir mehr Rechtssicherheit.“

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** legte den Fokus seiner Rede auf die Wege, die das Land bereits gegangen ist, um technologieorientierten Existenzgründern den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern. „Seit 1998 wurden fast 13 Millionen Euro bereitgestellt.“ Damit seien 22 innovative Unternehmen unterstützt worden. „Insgesamt flossen 65,7 Millionen Euro Risikokapital in diese Firmen.“ Der Erfolg gebe den Investitionen recht: Aus anfänglich 175 Mitarbeitern seien inzwischen 468 geworden. Die Nachfrage nach entsprechenden Finanzierungen sei nach wie vor hoch. Deshalb werde er mithilfe von EFRE-Mitteln (EU-Förderprogramm für Regionalentwick-

lung) einen neuen, zehn Millionen Euro schweren Risikokapitalfonds auflegen, kündigte der Minister an.

Helmut Holter, Vorsitzender der Linksfraktion, betonte, dass es nicht egal sei, wer einen Antrag stellt. „Stellen wir einen in Bezug auf die Bundespolitik, wird er mangels Landesbezug abgelehnt.“ Gleichwohl könne man Existenzgründer nicht genug unterstützen. „Neben den Forderungen an den Bund sollte aber auch vor der eigenen Haustür gekehrt werden.“ Zum Beispiel in Sachen Gründertelefon. Im Internet verweise das Wirtschaftsministerium darauf, eine Verbindung gebe es unter der Nummer aber nicht. „Auch beim Thema Crowdfunding sehe ich Möglichkeiten auf Landesebene, etwas zu bewegen.“ Sein Vorschlag: Eine Plattform für Mecklenburg-Vorpommern, die von öffentlicher Seite betrieben wird. Ein entsprechender Änderungsantrag der Linken fand keine Mehrheit.

Der Antrag der CDU habe sehr wohl etwas mit M-V zu tun, erwidert **Jochen Schulte** (SPD). „Die finanziellen Mittel hierzulande sind zu gering, um solche wirtschaftlichen Prozesse aus eigener Kraft zu gestalten.“ Er verwies darauf, dass der Antrag im Wesentlichen auf dem Inhalt einer Bundesratsinitiative beruhe, entsprechende Initiativen aber stets am Widerstand des Bundesfinanzministeriums scheiterten. „Der Bundesregierung schadet es deshalb nicht, wenn sie aus den Ländern daran erinnert wird, beschlossene Dinge umzusetzen.“ Einer öffentlich betriebenen Crowdfunding-Plattform stehe er skeptisch gegenüber. „Könnte das nicht den Eindruck erwecken, dass die öffentliche Hand eine gewisse Gewährleistung auch für die Seriosität derjenigen gibt, die dort agieren?“

„Wer in ein neues Unternehmen investiert, braucht einen langen Atem, damit sich die Investitionen lohnen“, sagte **Jürgen Suhr**. „Das macht es schwer, Investoren zu finden. Deshalb bedarf es in der Tat der Unterstützung durch die öffentliche Hand.“ Der Fraktionsvorsitzende der Grünen pflichtete seinem Vorredner bei, dass sich auf Bundesebene zu wenig tue. Zu einem angestrebten Venture-Capital-Gesetz gebe es bis heute keine Verträge. „Es wird höchste Zeit, dass die Bundesregierung in die Puschen kommt. Aus meiner Sicht kann da eine Initiative aus dem Landtag nur hilfreich sein“, so Suhr. Die Idee einer öffentlich betriebenen Crowdfunding-Plattform halte seine Fraktion für unterstützenswert.

Udo Pastörs zeigte sich verwundert, dass keiner seiner Vorredner das Problem der Wirtschaftsethik angesprochen habe. Er habe aus der Debatte die Tendenz herausgehört, dass immer mehr Risiko weg vom Unternehmer hin zum Steuerzahler delegiert werden soll, sagte der NPD-Fraktionsvorsitzende. „Das ist eine Tendenz, die langfristig nicht funktionieren kann und darf“, sagte er und wies darauf hin, dass die Mittel der KfW originär nicht aus Risikokapital bestehen dürften. „Sie darf nur Geld ausreichen, wenn bestimmte Sicherheitsstandards eingehalten werden. Das ist auch richtig so. Die KfW zu einer Zockerbank zu machen, wäre das Letzte, das wir unterstützen.“

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/3885

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/3942

Freihandel-Standards

TTIP nicht verdammen,
sondern aktiv mitzugestalten

Die Diskussionen um das Freihandelsabkommen TTIP hat die SPD-Fraktion bewogen, das Thema am 23. April erneut im Landtag zu debattieren. Nach Ansicht von Detlef Müller werde zu viel über Bedenken und Risiken gesprochen. Die Sozialdemokraten sehen in den Verhandlungen die Chance, eine Globalisierung nach europäischen Standards zu gestalten – so lange kleine Unternehmen nicht benachteiligt und die Entscheidungen privater Schiedsstellen für Investoren durch einen internationalen Schiedsgerichtshof kontrolliert werden. Dem stimmten auch die CDU sowie die Linkspolitiker Dr. André Brie und Dr. Hikmat Al-Sabty zu. Die Grünen und die NPD lehnten den Antrag ab. Die Linken enthielten sich bei der Abstimmung.

Für **Detlef Müller** (SPD) ist es unverständlich, dass die Gegner des TTIP-Abkommens stets mehr Transparenz gefordert haben – nun aber keinen Gebrauch davon machen. Anfang des Jahres habe die EU-Kommission neun Verhandlungstexte ins Internet gestellt. In drei Monaten seien die Seiten lediglich rund 2.300-mal aufgerufen worden. „Als NoCh-BVB-Trainer Jürgen Klopp seinen Rücktritt erklärte, hatte allein die Seite faz.net 78.000 Klicks.“ Für den Vorsitzenden des Europa- und Rechtsausschusses steht fest: TTIP werde den Handel mit dem Ausland, insbesondere den USA, erleichtern. „Davon wird am Ende auch Mecklenburg-Vorpommern profitieren.“

Aus Sicht von **Dr. André Brie** (DIE LINKE) geht das europäische Parlament nicht leichtfertig mit dem Abkommen um. Die vielen Verzögerungen bei den Verhandlungen seien auch ein Zeichen dafür, welche Wirkung die öffentliche Diskussion habe. Nach wie vor fehle mehr Transparenz. „Da darf man den Leuten ihre Skepsis nicht übelnehmen.“ Große Wachstumshoffnungen beim BIP (Bruttoinlandprodukt) seien unrealistisch. „Nach derzeitigem Stand würde es lediglich um 0,05 Prozentpunkte pro Jahr steigen.“ Mit der Forderung, bestehende Standards nicht aufzuweichen, renne die SPD bei den Linken offene Türen ein. Gleichwohl hätte er sich jedoch gewünscht, dass sie auch „eine klare Kante“ gegen den ISDS-Investorenschutz zeigt. „Für mich geht der Antrag in die richtige Richtung. Deshalb werde ich zustimmen. Meine Fraktion wird ihn aber ablehnen.“

Burkhard Lenz (CDU) kann nicht nachvollziehen, dass das Handelsabkommen so verteufelt wird. „Ich glaube, Deutschland ist das Land mit den meisten Handelsabkommen überhaupt.“ Aufgrund der aktuell guten Konjunktur nähmen viele die Wichtigkeit solch geopolitischer Entscheidungen zu lasch. „Wir sind zwar Exportweltmeister, dürfen aber nicht vergessen, dass die Produkte, die wir verkaufen, zu 40 Prozent aus Importen bestehen.“ Als Handlungsnation sei es deshalb umso wichtiger, dieses Abkommen



Bundesweit protestieren Tausende gegen das geplante EU/USA-Freihandelsabkommen TTIP.

Foto: Jens Büttner

mit den USA zu schließen. Das biete die Chance, die eigenen Standards weltweit durchzusetzen und Wirtschaft sowie Lebensstandard in Deutschland auf einem hohen Niveau zu halten.

Jutta Gerkan widersprach der SPD, wonach TTIP helfen könne, den Industrieanteil am Bruttoinlandprodukt zu erhöhen. Die Grünen-Politikerin verwies ebenfalls auf Studien, denen zufolge der zu erwartende Effekt selbst unter optimistischsten Annahmen nur winzig sei. Es sei richtig, dass kleine Unternehmen nicht unter einem Handelsabkommen leiden dürften. „Wie das Abkommen dafür ausgestaltet werden müsste, dazu schweigt sich der Antrag aber aus.“ Gerkan betonte, dass bestehende Standards im Umwelt-, Verbraucher-, Daten- und Arbeitsschutz auch für ihre Fraktion keine Verhandlungsmasse seien und ein „renommierter Investitionsschutz“ im Abkommen die fundamentalen Probleme des Investorenschutzes nicht beseitigen würde. Ihre Fraktion lehne daher den Antrag ab.

„Freihandel ist bis heute in der Außenpolitik Instrument eines wirtschaftsimperialen Denkens“, sagte **Udo Pastörs**. „Hier wird versucht, den amerikanischen Wirtschaftsimperialisismus auf Europa auszudehnen.“ Regelungen zu Investor-Staat-Schiedsverfahren gehören aus Sicht des NPD-Fraktionsvorsitzenden nicht in ein Abkommen zwischen zwei Wirtschaftsräumen. „Bisher haben die ordentlichen Gerichte die Probleme ja auch gelöst.“ Dass kleine Unternehmen in M-V von dem Abkommen profitieren, glaube er nicht. „Die meisten von ihnen haben gar nicht das Volumen, um an den Markt der Vereinigten Staaten zu gehen.“ Das Abkom-

men werde vielmehr die Macht großer Konzerne stärken – „zum Nachteil der Nationalstaaten“.

„Eine totale Verweigerungshaltung beim Abkommen bringt die Menschen nicht weiter“, sagte **Stefanie Drese** (SPD). „Erstmals haben wir mit den USA die gemeinsame Chance, Globalisierung zu gestalten.“ Bei aller Kritik bestünden mit den Amerikanern die größten Schnittmengen in Bezug auf Demokratie, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. „Gleichwohl hat das veraltete Konstrukt ISDS ausgedient“, räumte Drese ein – deshalb die Forderung nach einer öffentlichen Kontrolle der privaten Schiedsstellen. Den Grünen riet sie, „mit der Mär von Chlorhühnchen und Standardsabsenkungen aufzuhören“. Das trage nicht zu einer sachlichen Aufklärung der Bürger bei.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/3884

TTIP

Die EU und die USA verhandeln seit rund zwei Jahren über das Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, kurz TTIP. Die Diskussion darüber ist kontrovers, auch in M-V. Befürworter verweisen auf den Abbau von Handelsbarrieren. Kritiker befürchten unter anderem das Ende hoher Wirtschaftsstandards und wichtiger Schutzvorschriften. Einer der größten Kritikpunkte ist das Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS). Es bietet, vereinfacht gesagt, Investoren die Möglichkeit, Staaten vor einem privaten Schiedsgericht zu verklagen, wenn neue Gesetze die Umsätze negativ beeinflussen.

Weitere Beschlüsse des Landtages

420 Petitionen

Im vergangenen Jahr erreichten den Petitionsausschuss des Landtages 420 Eingaben. Das sind etwa halb so viele wie im Jahr 2013. Bei der Vorstellung seines Tätigkeitsberichts am 22. April im Landtag führte Ausschussvorsitzender **Manfred Dachner** hierfür zwei Gründe an: zum einen habe es 2014 keine umfangreichen Massenpetitionen gegeben, außerdem seien die 320 Schreiben eines seit Jahren wiederkehrenden Petenten nun in wenigen Verfahren gebündelt worden. Insgesamt nutzten im vergangenen Jahr 3.397 Bürger ihr Recht, Vorschläge, Bitten und Beschwerden an den Petitionsausschuss des Landtages zu richten. Die Eingaben richteten sich zum Beispiel gegen den geräteunabhängigen, haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag oder die Vollverpflichtung in Kitas.

Der Landtag stimmte dem Bericht mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen zu. Die NPD enthielt sich.
Tätigkeitsbericht Petitionsausschuss Drucksache 6/3819

Inklusion gemeinsam angehen

Die Grünen haben sich im Landtag dafür stark gemacht, eine Lehramtsausbildung und an weiterführenden Schulen ein Wahlpflichtfach für Deutsche Gebärdensprache einzuführen. Das soll gehörlosen und hörgeschädigten Menschen eine aktivere Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen. An diesem Anliegen sei grundsätzlich nichts auszusetzen, darin waren sich SPD, CDU und DIE LINKE einig. Die beiden Koalitionsfraktionen kritisierten jedoch den Alleingang der Grünen. Das widerspräche der Vereinbarung, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Den Linken griff der Antrag zu kurz, weil er an anderen Problemen Betroffener vorbeigehe.

Der Antrag wurde am 23. April mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD abgelehnt, die Linken enthielten sich. Eine Überweisung in die Ausschüsse fand ebenfalls keine Mehrheit. Die Grünen zeigten sich dennoch nicht unzufrieden. Sie lobten die Zusage von Bildungsminister Mathias Brodtkorb, am Landesförderzentrum Hören das freiwillige Erlernen der Gebärdensprache zu ermöglichen und die gekürzten Anrechnungsstunden für berufsbegleitende

Qualifikationen in der Gehörlosenpädagogik auf den Prüfstand zu stellen, als einen Anfang.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3907

Gerichtsstrukturereform

Die Gerichtsstrukturereform wird wie geplant fortgesetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE scheiterten am 22. April auch in zweiter Lesung mit ihrem Gesetzentwurf, die Umsetzung der 2013 beschlossenen Reform zu verschieben. SPD und CDU stimmten gegen den oppositionellen Gesetzentwurf. Ein Hinausschieben würde nur zusätzliche Kosten produzieren. Der Gesetzentwurf vom Januar sei außerdem überholt, da das Landessozialgericht bereits umgezogen sei. Ein gemeinsamer Änderungsantrag von Grünen und Linken wurde ebenfalls abgelehnt.

*Antrag B' 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Drucksache 6/3616
Änderungsantrag B' 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE
Drucksache 6/3938*

Vergabegesetz evaluiert

Das Vergabegesetz in M-V hat für Auftraggeber zu mehr Rechtssicherheit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge geführt. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten zu dem Gesetz. Die befürchteten negativen Auswirkungen seien nicht eingetreten, betonte Wirtschaftsminister **Harry Glawe** am 22. April im Landtag. Aus Sicht der Linken und der Grünen deckt die Evaluierung hingegen diverse Missstände auf, aus denen nun Schlussfolgerungen gezogen werden müssten. SPD und CDU plädierten dafür, das zunächst bis 2016 befristete Gesetz darüber hinaus fortzuführen. Die NPD hält die Zahlen im Gutachten für nicht belastbar, weil nur ausgewählte Unternehmen und Vergabestellen befragt wurden. Der Vorschlag der Linken, das Gutachten in die Ausschüsse zu überweisen, wurde abgelehnt.

Das Vergabegesetz M-V war 2011 in Kraft getreten. Es enthält u.a. Regelungen zur Tariftreue, zu Kernarbeitsnormen, zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots und zur Zahlung von Mindestlohn für Aufträge, die vom Land vergeben werden. Der Landtag hatte die Landesregierung 2012 aufgefordert, das Gesetz bis Ende März 2015 evaluieren zu lassen.

Unterrichtung der Landesregierung Drucksache 6/3887

Immunität aufgehoben

Die Staatsanwaltschaft Rostock kann erneut gegen **David Petereit** ermitteln. Der Landtag hat am 22. April mit Zustimmung der demokratischen Fraktionen die Immunität des NPD-Abgeordneten aufgehoben. Die Abgeordneten folgten damit einer Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses. Der Leitende Oberstaatsanwalt hatte sich im Februar mit einem entsprechenden Ersuchen an den Landtag gewandt.

Drucksache 6/3858

Foto: Landtag M-V



Für gehörlose und hörgeschädigte Zuschauer der Debatte hatte der Landtag Gebärdensprache Dolmetscherinnen engagiert.

Die V-Leute-Problematik

Landtag befasste sich mit den Beweisforderungen des Bundesverfassungsgerichtes zum NPD-Verbotsverfahren

Im Ringen um ein NPD-Verbotsverfahren hat das Bundesverfassungsgericht den Bundesrat aufgefordert, mehr Nachweise für die Abschaltung von V-Leuten vorzulegen. Die Richter erwarten unter anderem Belege dafür, dass die Klage keine Geheimdienstinformationen über die Prozessstrategie der NPD enthält. Der Landtag M-V hat sich auf Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 22. April mit dem Beschluss der Karlsruher Richter befasst. Die demokratischen Fraktionen bekräftigten ihre Auffassung, dass das eingeleitete NPD-Verbotsverfahren weiterhin geboten ist. Die Landtags-Nachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Peter Ritter, DIE LINKE:

„Deutliches Signal Richtung Bundesrat“



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! [...]

Es hat viele gute Gründe, dass die demokratischen Fraktionen dieses Landtages sich im Vorfeld miteinander zu solchen Problemen beraten, miteinander Anträge erarbeiten und diese Anträge hier im Landtag miteinander beraten und schließlich auch beschließen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich zum vorliegenden gemeinsamen Antrag eines feststellen: Um den Schweriner Weg scheint es gegenwärtig besser bestellt zu sein als um ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren. Deshalb erfüllt mich auch der vorliegende gemeinsame Antrag nicht allein nur mit Freude, sondern zugleich auch mit großer Sorge.

Der vorliegende Antrag bezieht sich nur mittelbar auf die NPD beziehungsweise das NPD-Verbotsverfahren. In erster Linie geht es eigentlich um die V-Leute-Problematik. Und

Schweriner Weg

Mit Einzug der NPD in den Landtag M-V 2006 haben sich die demokratischen Fraktionen im Landtag darauf verständigt, bei der Verteidigung der Demokratie gegen die Rechtsextremisten an einem Strang zu ziehen. Konkret bedeutet das in der parlamentarischen wie außerparlamentarischen politischen Arbeit: Zu jedem NPD-Antrag entgegnet für die demokratischen Fraktionen jeweils nur ein Abgeordneter bzw. eine Abgeordnete. Jeder NPD-Antrag wird von den demokratischen Fraktionen geschlossen abgelehnt. An politischen Veranstaltungen außerhalb des Parlaments nehmen die demokratischen Landtagsabgeordneten nur dann teil, wenn kein Vertreter der NPD eingeladen ist.

hier ist ein gemeinsamer Antrag der demokratischen Fraktionen dieses Landtages durchaus keine Selbstverständlichkeit, denn es gibt, das haben wir auch in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NSU hier ausführlich diskutiert, durchaus erhebliche Differenzen zwischen den demokratischen Fraktionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 3. Dezember 2013 wurde der Antrag auf ein Verbot der NPD vom Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Bis heute ist das Hauptverfahren nicht eröffnet. Öffentlich ist das Thema NPD-Verbot weitgehend aus der medialen Berichterstattung verschwunden. Mit Beschluss vom 19. März dieses Jahres fordert nun das Bundesverfassungsgericht den Bundesrat zur Überarbeitung des Verbotsantrages auf. So fordert das Gericht unter anderem mehr Beweise für die Abschaltung von V-Leuten innerhalb der NPD. [...]

Das Thema V-Leute, an dem das erste Verbotsverfahren 2003 gescheitert war, ist nun auch im zweiten Anlauf wieder von zentraler Bedeutung, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte uns allen zu denken geben.

„ Das Problem liegt bei der V-Leute-Praxis der Sicherheitsbehörden. „

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere drei Gründe sprechen aus Sicht meiner Fraktion dafür, dass sich auch und vor allem der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes positioniert.

Erstens hat dieser Landtag am 24. Oktober 2012 den Antrag ‚NPD-Verbotsverfahren baldmöglichst einleiten‘ mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen verabschiedet, weil die NPD darauf aus ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen und mit aggressiv-kämpferischen Mitteln die Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates anstrebt. Daran hat sich nichts geändert, das erleben wir täglich, nicht nur hier im Parlament.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens ist in einem Verbotsverfahren die Frage nach dem Einfluss der entsprechenden Partei zu hinterfragen. Es ist zu klären, ob ein Verbot nötig und ob es verhältnismäßig sei. Hier spielt die Bedeutung der NPD eine Rolle, die im Bund, gemessen an den Wahlergebnissen, eher marginal, in bestimmten Ländern und Regionen aber nicht gering ist. Und da die NPD, zum Glück, nur noch im Landtag unseres Bundeslandes vertreten ist, ist eben auch unsere Verantwortung eine besondere. [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hierfür bedarf es aber keiner V-Leute oder geheimer Überwachung. Hier reicht gesunder Menschenverstand, hier ist Öffentlichkeit notwendig und zivilgesellschaftliches Engagement als allererstes.

Drittens. Schließlich muss und kann Mecklenburg-Vorpommern einiges zum Nachweis der aggressiv-kämpferischen Haltung der NPD gegen den Rechtsstaat leisten. Ein NPD-Verbotsverfahren ist nicht ohne Risiken, und die künftige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist nicht vorhersehbar. Eine der großen offenen Fragen eines neuen Verfahrens wird daher auch sein, ob und wie weit Haltungen und Taten der sogenannten Kameradschaftsszene der NPD zuzurechnen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch und gerade Mecklenburg-Vorpommern kann hinreichend Auskunft ge-



Foto: Jens Büttner

ben zu den Verflechtungen zwischen der NPD und gewaltbereiten Kameradschaften. Wir konnten das erst am letzten Sonntag in Güstrow augenscheinlich erleben.

Eine Analyse des Landesvorstandes der NPD dürfte eindrucksvoll belegen, dass die NPD längst zum parlamentarischen Arm der Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern mutiert ist. Auch hier könnte im Zweifel Herr Köster detaillierte Auskünfte erteilen, da er selbst aus dieser Szene stammt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der erste Anlauf für ein Verbot der NPD scheiterte bekanntlich 2003, weil die Partei bis zur Führungsspitze mit V-Leuten durchsetzt war. Der Einfluss des Staates auf die NPD war dem Bundesverfassungsgericht zu groß. Nun scheint es beim zweiten Anlauf ähnliche Probleme zu geben. Zugespielt lässt es sich so sagen: Dass die NPD noch nicht verboten werden konnte, verdankt sie letztendlich auch dem V-Leute-System.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb muss an dieser Stelle die Frage gestellt werden, ob der Einsatz von V-Leuten nicht am Ende den Extremisten der NPD mehr nützt als dem Staat. Angeblich sind die Behörden auf die Spitzel angewiesen, um extremistische und terroristische Umtriebe frühzeitig erkennen zu können. Auf dieser Linie befindet sich auch unser Innenminister, jüngst dokumentiert in seiner Auseinandersetzung mit dem Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen. Eine Bilanz, wann, wie und wofür V-Leute tatsächlich hilfreich waren, liegt jedoch nicht vor, öffentlich schon gar nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die bekannte kritische Position meiner Fraktion gegenüber Verfassungsschutz und V-Leute-System war durchaus im Begriff, Allgemeingut zu werden. Der institutionelle Arm der streitbaren Demokratie stand nach dem NSU-Skandal vor einem Scherbengericht.

Die öffentliche und veröffentlichte Meinung standen in einem geschichtlichen Moment vor der Forderung: Demokratieschutz statt Verfassungsschutz. Es sollte anders kommen und sofort wurde festgestellt, V-Leute seien unverzichtbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das neue NPD-Verbotsverfahren wiederum auf der Kippe steht, dann liegt das Problem nicht beim Bundesverfassungsgericht, sondern bei der V-Leute-Praxis der Sicherheitsbehörden. Man wird den Eindruck nicht los, dass die Verfassungsschützer auch nach dem NSU offenbar weiterhin unkontrolliert ihr Ding machen.

Wir haben hier vereinbart, dass wir an dieser Stelle gemeinsam Schlussfolgerungen ziehen wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch deshalb ist der vorliegende Antrag wichtig. Und deshalb soll aus Mecklenburg-Vorpommern ein deutliches Signal in Richtung Bundesrat kommen: Wir nehmen die Aufforderung des Bundesverfassungsgerichtes ernst.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zum Antrag. – Danke schön.“

Minister Lorenz Caffier:

„Der braune Sumpf wird trockengelegt“

Foto: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! [...]“

Vor fast 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches. Die wohl schrecklichste Zeit, die unser Kontinent je erlebt hat, war endlich vorüber. Für die Deutschen bedeutete der 8. Mai 1945 auch das Ende der grausamen Diktatur der Nationalsozialisten. In den zwölf Jahren ihrer Herrschaft baute die NSDAP einen beispiellosen Unterdrückungs- und Kontrollapparat auf, mit dem sie ihre unmenschlichen Verbrechen durchführen konnte.

Heute muss niemand mehr Angst haben, dass ein solches Regime Deutschland regiert. Unsere Zivilgesellschaft ist gefestigt, die Freiheit des Einzelnen unbestritten, und unser Rechtsstaat ist grundsätzlich wehrhaft.

Doch wie fast alle anderen europäischen Staaten auch, sind wir mit dem Problem des Extremismus und insbesondere des Rechtsextremismus konfrontiert. Die rechte Szene ist dabei ironischerweise ein bunter Haufen. Da tummeln sich dumpfe Schläger und Hooligans genauso wie junge Männer mit Minderwertigkeitskomplexen. Es gibt aber auch ideologisch völlig verblendete Nazis in Nadelstreifen.

Doch so unterschiedlich sie auch sind, sie eint der Kampf gegen Andersdenkende, gegen Ausländer, gegen Migranten, gegen unsere gesamte freiheitlich-demokratische Rechtsordnung. Die Rechten bedienen sich dabei der Methoden, die schon die Nationalsozialisten vor 80 Jahren wirksam einsetzten. Zwar gibt es heute keine staatlich organisierten Mordkommandos mehr, aber die Einschüchterung, die Diffamierung, die Beleidigung, die Verleumdung und auch der körperliche Angriff bis hin zum Mord sind nach wie vor Mittel der Wahl der Rechtsextremisten, um politische Ziele zu erreichen. Das, was in Tröglitz passiert ist, muss uns allen eine Warnung sein. Auch wenn Tröglitz nicht überall sein mag, sollten wir doch überall wachsam sein. [...] Es darf nicht sein, dass Menschen das Ziel der braunen Einschüchterungsmaschinerie werden, egal aus welchen Gründen

„// Dann ist damit Schluss, dass die Demokratie ihre Feinde auch noch füttert.“//

und unabhängig davon, ob die Betroffenen politische Ämter bekleiden [...] oder im Ehrenamt tätig sind. Hier sind wir als demokratischer Rechtsstaat und als freiheitliche Zivilgesellschaft gefordert, diesem Treiben ein Ende zu setzen.

Diese Nachstellungen und Drohungen gehen uns alle an, sowohl als Parlamentarier als auch als Zivilgesellschaft.

Meine Damen und Herren, der Kampf gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Einschüchterung Andersdenkender, Demonstrationen vor Privathäusern, der Hass auf Ausländer, die Nazischläger, der völkisch denkende Rechtsanwalt – all das kulminiert in einer einzigen Partei: in der NPD.

So, wie ich das sehe, ist die NPD ein Sammelbecken für Verrückte, für Verlierer, für Gewaltbereite.

Sie pflegt ein enges Bündnis mit neonazistischen Kameradschaften und anderen Verfassungsfeinden. In der NPD fließt totalitäres Gedankengut aus der gesamten rechten Ecke zusammen, und ihre Protagonisten sehen sich in der Tradition der NSDAP. Das Ziel der NPD ist klar: Unsere Gesellschaft, wie wir sie kennen und schätzen gelernt haben, soll vernichtet werden. [...]

Es besteht für die Landesregierung und für die Fraktionen nicht der geringste Zweifel: Die NPD steht außerhalb unseres verfassungsrechtlichen Rahmens und muss deswegen verboten werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass die demokratischen Fraktionen des Landtages das genauso sehen. Dennoch möchte ich mich ausdrücklich für den Antrag, mit dem sich SPD, CDU, LINKE und GRÜNE zu dem NPD-Verbotsverfahren bekennen, bedanken, denn damit sendet der Landtag wiederum ein starkes Signal gegen Rechtsextremismus in unserem Land.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist uns und mir insbesondere das Verbotsverfahren ein besonderes Anliegen. Deswegen werde ich auch alles in meiner Macht Stehende unternehmen, damit das Verbotsverfahren erfolgreich sein wird. Wir haben aus dem Urteil von 2003 gelernt und das jetzige Verbotsverfahren konsequent und konzentriert vorbereitet.

Vor einiger Zeit hat uns das Bundesverfassungsgericht dazu zusätzliche Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben, das ist richtig. Diese werden derzeit abgearbeitet.

Dabei geht es um die Quellenabschaltung auf Führungsebene, das Verbot der Nachsorge und die Vermeidung der

Ausspähung der Prozessstrategie der Gegenseite. Es geht auch um die Frage des Parteiprogramms. Die geforderten Belege werden die Länder selbstverständlich termingerecht abarbeiten und einreichen und auch mit der an sie gestellten Anforderung. Ich persönlich habe daher keinen Zweifel daran, dass wir das Hauptsacheverfahren erreichen werden. Und ich bin mir sicher, am Ende des Verfahrens, Herr Pastörs, wird das Verbot Ihrer Partei stehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ist damit Schluss, dass die Demokratie ihre Feinde auch noch füttert.

Ich sage Ihnen ganz offen, ich sehe der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Tat alles andere als gelassen entgegen. Ich verspüre eine gewisse Spannung, daraus mache ich keinen Hehl, aber auch eine gewisse Genugtuung. Endlich rückt das NPD-Verbot nach dem 2003 gescheiterten Verbotsverfahren in greifbare Nähe.

Der braune Sumpf wird trockengelegt. Es lohnt sich, darauf hinzuarbeiten und alle Energie, auch mögliche Fehler, aufzuwenden und Sie abzustellen. Seien Sie sicher, dass wir genau das tun werden. – Vielen Dank.“

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

„Keine Zweifel an Verfassungsfeindlichkeit der NPD“

Foto: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Beschluss vom 19. März den Ländern auferlegt, noch einmal im Detail nachzuweisen, dass auch wirklich alle V-Leute aus den Führungsgremien der NPD abgezogen worden sind. Nun gut, dann werden wir dies eben nachweisen. Ich habe keine Zweifel daran, dass dieser Nachweis auch gelingen wird. Mecklenburg-Vorpommern hat damit kein Problem, die anderen Bundesländer hoffentlich auch nicht.

Das Bundesverfassungsgericht will mit diesem Beschluss auf Nummer sicher gehen und verschiebt damit die Befassung mit der Frage, ob die NPD eine verfassungsfeindliche Partei ist, auf einen späteren Zeitpunkt. Das ist bedauerlich, gerade für uns in Mecklenburg-Vorpommern, wo wir die Notwendigkeit eines Verbotes der rechtsextremen NPD nahezu täglich vor Augen geführt bekommen, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

So ist zum Beispiel die Stadtvertreterin der LINKEN in Güstrow, Frau Karen Larisch, massiven Einschüchterungsversuchen von Neonazis ausgesetzt. Nur, weil sie sich für die Unterstützung von Flüchtlingen engagiert, erhält sie Hass-mails, wird in sozialen Netzwerken verunglimpft und muss Morddrohungen ertragen. Ein zweites aktuelles Beispiel [...]

(Michael Andrejewski, NPD: Was hat die NPD damit zu tun?)

Das wissen Sie genau, Herr Kollege.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil ihr das seid. – Michael Andrejewski, NPD: Beweisen Sie das mal!)

Ein zweites aktuelles Beispiel ist die sogenannte Bürgerwehr gegen Asylbewerber, die sich vor kurzem ebenfalls in Güstrow gegründet hat.

(Julian Barlen, SPD: Das sind doch die gleichen Leute.)

Sie wird nachweislich und maßgeblich von NPD-Vertretern gelenkt und gestützt. Das ist insofern bizarr, als sich verurteilte Straftäter in deren Reihen befinden. Ausgerechnet diese wollen für Recht und Ordnung in Güstrow sorgen. Das ist doch geradezu lächerlich, nicht wahr, Herr Petereit?

(David Petereit, NPD: Was wollen Sie denn jetzt von mir?)

Mal ganz abgesehen davon, dass für die Durchsetzung von Recht und Ordnung in einem Rechtsstaat aus gutem Grund ausschließlich die Polizei zuständig ist, wird hier doch der Bock zum Gärtner gemacht. Das Ziel der rechtsextremen Unterwanderung dieser völlig überflüssigen Bürgerwehr ist jedenfalls definitiv nicht die Herstellung rechtsstaatlicher Ordnung, sondern exakt das Gegenteil.

Sie, meine Herren von der NPD, verbreiten Angst und Schrecken, Sie setzen auf Gewalt und Terror gegen die Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Wie eng die Verbindungen der Rechtsextremen mit dem kriminellen Milieu sind, ist inzwischen durch akribische Recherchen der [...] bekannten Journalistin Andrea Röpké nachgewiesen. Sie hat im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion ein Buch geschrieben, das sich mit neuartigen Erscheinungen und Verflechtungen der rechten Szene beschäftigt. Im Ergebnis, meine Damen und Herren, werden beunruhigende Verbindungen der rechten Szene in das kriminelle Milieu aufgezeigt.



ISBN 978-3-00-048292-2

Nächste Woche wird dieses Buch erscheinen, das noch einmal und aus einer neuen Perspektive deutlich macht, wie dringend erforderlich ein Verbot der NPD ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier im Hohen Hause die Argumente für ein NPD-Verbotsverfahren bereits mehrfach ausführlich ausgetauscht. Die demokratischen Fraktionen in diesem Hause müssen nicht von einem Verbot der NPD überzeugt werden. Anders sieht es allerdings in anderen Bundesländern und auf Bundesebene aus. Dort müssen wir weiterhin beharrlich um Unterstützung für ein Verbotsverfahren und gegen eine Verharmlosung der NPD wirken.

(Beifall Julian Barlen, SPD)

Auch die greifbare aktuelle Schwäche der NPD durch Wahlverluste und finanzielle Nöte darf nicht über ihre eklatante Verfassungsfeindlichkeit hinwegtäuschen. Das ist auch deswegen von großer Bedeutung, weil wir derzeit ein Problem zu bewältigen haben, das die Rechtsextremen nur allzu gerne für ihre radikalen Zwecke missbrauchen. Es ist die humanitäre Verpflichtung, eine aufgrund der aktuellen Kriegslagen ständig steigende Zahl von Asylsuchenden und Kriegsflüchtlings bei uns aufzunehmen, adäquat unterzubringen und zu integrieren.

(Udo Pastörs, NPD: Ihr produziert das Unrecht, und die Flüchtlinge sollen dann hier aufgenommen werden auf Kosten des deutschen Steuerzahlers.)

Dies, meine Damen und Herren, stellt Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen vor große Herausforderungen – Herausforderungen, die wir Demokraten im Namen der Menschlichkeit, Herr Pastörs, annehmen werden, die aber auch der einheimischen Bevölkerung erklärt werden müssen.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, möchte ich allen Beteiligten danken, die diesen Prozess in Mecklenburg-Vorpommern geradezu vorbildlich gestalten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich weiß ich, dass es hier und da auch Schwierigkeiten gibt, aber wir pflegen einen intensiven Dialog zwischen allen Ebenen, damit es in dieser Frage nicht zu Frustrationen und Ressentiments kommt, die ein Zusammenleben von Flüchtlingen und Einheimischen schwierig, wenn nicht gar unmöglich machen.

(Udo Pastörs, NPD: Das liegt aber nicht an der NPD, sondern am Verhalten von kriminellen Ausländern und ihren Mitgliedern, die eingeschleust werden.)

Sollte es vor Ort zu Problemen kommen, meine Damen und Herren, wenden Sie sich bitte auch an Ihre demokratischen Landtagsabgeordneten, die in dieser Situation sehr gerne als Mittler auftreten und agieren.

Eine aktuelle Umfrage für das ZDF-Politbarometer macht deutlich, wie wichtig dieser Dialog ist. Dieser Umfrage zufolge gehen 58 Prozent der Befragten davon aus, dass Fremdenfeindlichkeit hierzulande sehr stark verbreitet ist. Hier sind Politik und Verwaltung auf allen Ebenen gefordert, diesen fremdenfeindlichen Haltungen durch eine gute, transparente und gerechte Politik zu begegnen.

(Udo Pastörs, NPD: Verfremdungsangst ist keine Fremdenfeindlichkeit.)

/// Sie, meine Herren von der NPD, setzen auf Gewalt und Terror. ///

Dabei müssen wir die Befürchtungen der Menschen ernst nehmen, uns mit ihnen auseinandersetzen und ihnen substanzialle Antworten geben. Auf keinen Fall, meine Damen und Herren, dürfen wir die Menschen mit ihren Sorgen und Ängsten alleinlassen, denn das würde bedeuten, dass sie der Hasspropaganda der NPD überlassen werden. Und dann entstehen Situationen wie in Tröglitz, die es unbedingt zu verhindern gilt. Umgekehrt aber gilt, wenn wir durch eine nachvollziehbare und engagierte Ausländer- und Flüchtlingspolitik die Bevölkerung überzeugen, vielleicht sogar aktivieren können, dann entziehen wir den rechten Umtrieben auch den Nährboden, denn in derselben Umfrage gibt es eine Zahl, die Mut macht: Zwei Drittel der Befragten sehen eine Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte als notwendig an für die Zukunft Deutschlands.

(Michael Andrejewski, NPD: Besonders der Arbeitslosen.)

Diese Zahl, Herr Andrejewski, macht Mut,

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, zwei Drittel der Arbeitslosen dankt das.)

weil diese Bürgerinnen und Bürger erkannt haben, dass unsere Zukunft maßgeblich von gut integrierten Ausländern abhängt und diese ein Gewinn für unser Land und unsere Gesellschaft sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Wer glaubt denn diese Märchenstunde?)

Darauf, meine Damen und Herren, sollten wir aufbauen und eine vorausschauende Einwanderungspolitik für das Land gestalten.

(Dietmar Eifler, CDU: Richtig.)

Damit können wir nicht nur unseren Wohlstand sichern, sondern auch erreichen, dass rechtsextremes und ausländerfeindliches Denken allmählich aus den Köpfen verschwindet.

(Udo Pastörs, NPD: Die Realität ist viel zu mächtig, als dass man diesen Quatsch glaubt.)

Nein, meine Damen und Herren, wir haben nach wie vor nicht den geringsten Zweifel an der Verfassungsfeindlichkeit der NPD und insbesondere von Ihnen, Herr Pastörs. Das bereits vorliegende Material, das zum größten Teil aus Mecklenburg-Vorpommern stammt, spricht eine deutliche Sprache. Und wenn die leidigen Verfahrensfragen endlich geklärt sind, dann wird diese in höchsten Maßen menschenverachtende Partei, die mit allen Mitteln aggressiv-kämpferisch den demokratischen Rechtsstaat abschaffen will, endlich verboten sein. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Wir stehen zusammen“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Kollege Peter Ritter hat zu Beginn seiner Ausführungen gesagt, der Schweriner Weg [...] ist in einem guten Zustand. Ich will das ausdrücklich teilen. [...] weil der Schweriner Weg auch in einer solchen Debatte zulässt, dass die demokratischen Fraktionen unterschiedliche Auffassungen vortragen können, aber gleichzeitig zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen, nämlich dass wir zusammenstehen in der Auseinandersetzung gegen den Rechtsextremismus und für ein Verbot der NPD. [...]

Der Bundesrat hat im Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht die Feststellung der Verfassungswidrigkeit und die Auflösung der NPD beantragt. [...]. Wir alle wissen, dass in der Vorbereitung dieses Verfahrens die Gründe berücksichtigt werden mussten, die das Bundesverfassungsgericht

im ersten Verfahren von 2001 bis 2003 zu einer Abweisung des Verbotsantrages veranlasst hatten. Das war [...] keine Entscheidung in der Sache, sondern es war eine Entscheidung im Verfahren. Es ist also zu keinem Zeitpunkt bisher festgestellt worden, ob die NPD verfassungswidrig ist oder ob sie es nicht ist. [...]

Ich komme, [...] zu [...] der Frage, welche Nachbesserungen [...] das Bundesverfassungsgericht [...] im Verfahren erwartet. [...] Das, was im Augenblick nachgefordert wird, orientiert dezidiert [...] auf Belege und Beweise, dass V-Leute [...] keinen Einfluss mehr auf die inhaltliche Arbeit, die politische Arbeit und die Aussagen der Partei nehmen oder genommen haben. Das ist der relevante Punkt. Es wäre in der Tat ein Treppenwitz der Geschichte, wenn uns der Einsatz von V-Leuten die Zulassung im zweiten Verfahren kostet. Ich halte das für ein politisches Problem [...], und deshalb muss man sich mit dieser Frage noch mal dezidiert auseinandersetzen.

Es lohnt sich, in dem Zusammenhang sehr konkret auf die Punkte zu schauen, mit denen der Bundesrat seitens des Bundesverfassungsgerichts jetzt konfrontiert wird. Ich will vier nennen.

„Nutzen uns V-Leute, oder schaden sie eher?“

Und zwar erstens die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, der Bundesrat möge den Vollzug des Beschlusses der Innenministerkonferenz, mit Beginn der Materialsammlung [...] Quellen auf Führungsebene abzuschalten, [...] in geeigneter Weise belegen. [...]

Der zweite Punkt [...]: Wie kann ausgeschlossen werden, dass Quellen auch zu einem Zeitpunkt, zu dem sie schon abgeschaltet worden sind, noch Aussagen machen können, die in irgendeiner Form Einfluss haben können? [...]

Der dritte Punkt ist, der Bundesrat [...] muss quasi verhindern, dass über Quellen entsprechende Aussagen als Argumentation einbezogen werden.

Der vierte Punkt: [...] Es muss belegt werden, dass das Programm quasi nicht durch Quellen beeinflusst worden ist. [...]

Alleine diese Nachforderungen sind Anlass genug, auch hier im Hause darüber nachzudenken, [...] ob uns V-Leute mehr nutzen oder möglicherweise [...] uns eher schaden. [...] Und die Frage, (...) was uns das nutzt, ist dabei von ganz zentraler Bedeutung. [...]

Ich will [...] aber auch noch mal darauf hinweisen [...], dass die Frage einer erfolgreichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht damit beantwortet wird, ob wir ein NPD-Verbot [...] durchsetzen können oder nicht, sondern sie wird damit beantwortet, wie stark diese Zivilgesellschaft ist und wie stark wir demokratischen Fraktionen in diesem Landtag sind, um dem Rechtsextremismus entgegenzutreten. [...]

Meine Fraktion steht [...] hinter dem Beschluss, ein Parteiverbotsverfahren gegen die NPD einzuleiten. Ich bin davon überzeugt, die NPD ist eine verfassungswidrige Partei. Sie geht nach ihren Zielen und nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf hinaus, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen. [...] Wir erleben es in jeder Landtagssitzung [...].

Wir haben daher in der Vergangenheit die Haltung und das Vorgehen der Landesregierung [...] unterstützt und wir werden das auch zukünftig tun [...]. Aber wir erwarten ausdrücklich, dass gerade vor dem Hintergrund des gescheiterten ersten NPD-Verbotsverfahrens den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts inhaltlich vollkommen entsprochen wird [...].“

Michael Andrejewski, NPD:

„Ihre Hassausbrüche helfen Ihnen nicht“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Alle 16 Landesinnenminister haben im NPD-Verbotsverfahren gegenüber dem Bundesverfassungsgericht ihre gesamte und geballte Glaubwürdigkeit in die Waagschale geworfen. Das war allerdings nicht viel, insbesondere nicht im Fall von Herrn Caffier. Da helfen Ihnen Ihre Hassausbrüche auch nichts, Herr Innenminister, die übrigens, wenn Sie mir die Bemerkung gestatten, ein klein wenig nach Verzweiflung klingen.

So klingt jedenfalls kein souveräner Sieger. Dass sie, die Landesinnenminister, bei allem, was ihnen heilig war, versicherten, mit dem Beginn der Materialsammlung am 2. April 2012 würden die sogenannten Quellen, also Spitzel auf gut Deutsch, auf der Führungsebene der NPD abgeschaltet, und seit dem 6. Dezember 2012 werde auch keine Nachsorge für diese Spitzel mehr betrieben, reichte dem Gericht nicht aus. Das Wort der Minister war nicht genug: gewogen und zu leicht befunden. Das Bundesverfassungsgericht hat die Glaubwürdigkeit der Herren gering eingeschätzt und verlangt, dass diese Abschaltungen in geeigneter Weise belegt werden. Das kommt einem Misstrauensvotum gleich und einem Schlag ins Gesicht, der mehr als verdient war. [...]

„Das Wort der Minister – gewogen und zu leicht befunden.“

Im Übrigen hat das Bundesverfassungsgericht nicht nur eine Aufklärung des V-Mann-Einflusses in der NPD gefordert, sondern in einem Hinweis auch klargemacht, dass die Behauptung des Bundesrates, die NPD kontrolliere besonders in Mecklenburg-Vorpommern öffentliche Räume, in denen eine Atmosphäre der Angst herrsche und die Einschränkung demokratischen Handelns nachweisbar sei, nicht genügend belegt sei. In der Tat habe ich in Anklam noch keine CDU- und SPD-Leute gesehen, die sich aus Angst vor mir unterm Tisch verstecken. [...]

Und wenn das wahr wäre, von der NPD beherrschte Zonen der Angst: Wieso tut die Polizei nichts dagegen? Das kann ja kaum an mangelnder Präsenz der Polizei liegen. [...]

Wenn in Anklam eine demokratiefreie Zone der Angst bestünde, gäbe es zwei mögliche Erklärungen: Erstens, die Polizei ist zu schwach, Caffier kann nichts machen. Dann soll er zurücktreten wegen Unfähigkeit. Oder zweitens, die Polizei duldet die Angstzonen, dann müsste man sich fragen, wer hier eigentlich verboten gehört.“

Wolf-Dieter Ringguth, CDU:

„Zeichen für wehrhafte Demokratie“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die letzte Frage, Herr Andrejewski, ist bereits beantwortet: wer hier verboten gehört!

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, für mich auch.)

Sie, die NPD!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

// Die NPD mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen! //

Meine Damen und Herren, ja: ‚Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.‘

(Udo Pastörs, NPD: Ach, du lieber Gott! Jetzt kommt er mit Klemperer. Oh weh, oh weh! Jetzt kommt er noch mit Klemperer.)

Dieser berühmte letzte Satz aus der Parabel von Bertolt Brecht ist jetzt über 50 Jahre alt und hat leider an Aktualität nichts verloren. Deswegen ist es gut, wenn Demokraten neben Antifaschisten in diesen Tagen Seite an Seite stehen, wenn wir der Befreiung von Massenvernichtungslagern und KZs gedenken. Und deswegen ist es auch gut, dass wir, bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen sonst, da ganz eng zusammenstehen, weil wir begriffen haben, [...]

(Udo Pastörs, NPD: Diese Schallplatte lassen Sie immer wieder ablaufen, aber die ist fruchtlos.)

Das wird Ihnen nicht passen, Herr Pastörs!

[...] weil wir natürlich begriffen haben und die Lehre aus der Geschichte, aus dem Ende der Weimarer Republik miteinander gezogen haben und heute genau wissen, wir werden ganz dicht nebeneinanderstehen, wenn es darum geht, unsere Demokratie, die eine wehrhafte Demokratie ist, zu verteidigen, und wenn es darum geht, dann zusammenzustehen, wenn es darauf ankommt, wenn sich nämlich die hässliche Fratze des Nationalsozialismus irgendwo zeigt. Da stehen wir zusammen und das werden wir auch in der Zukunft so tun!

Meine Damen und Herren, natürlich hat uns das NPD-Verbotsverfahren hier im Landtag schon mehrfach beschäftigt. Und gerade wir müssen ja hier in diesen Landtagssitzungen wieder und wieder – so wie eben – diese abstrusen, absur-

Original-Debatte



Die Redebeiträge der Abgeordneten wurden für den Abdruck gekürzt. Wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit wurde die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. Die Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen:

www.landtag-mv.de (Plenarprotokolle).

Auf dem *Youtube-Kanal* des Landtages finden Sie das Video der Plenarsitzung, sodass Sie sich die Debatte auch anschauen können.

den Theorien, die die NPD von sich gibt, ertragen. Da wird beleidigt, da wird bezichtigt, da wird verurteilt, und das alles irgendwie basierend auf pseudowissenschaftlichen oder geschichtsverzerrenden Ansichten, die jedenfalls mit einem nichts zu tun haben: mit dem Boden des deutschen Rechtsstaates. Damit hat es in jedem Falle nichts zu tun.

Wir haben uns bereits im Oktober 2012 hier im Landtag mit größter Deutlichkeit – deutlicher geht es nicht –, nämlich mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen, für die Einleitung des NPD-Verbotsverfahrens ausgesprochen. Auch aufgrund unserer Entscheidung hier in Schwerin, wegen der unterstützenden Beschlussfassung und wirklich aktiver und maßgeblicher Mitwirkung unserer Landesregierung, hat sich der Bundesrat schlussendlich dazu entschieden, ein entsprechendes Verbotsverfahren einzuleiten, und zwar unter Inkaufnahme – das ist klar – aller Risiken, die damit verbunden sind.

Wir erinnern uns, das erste Verbotsverfahren war wegen Verfahrensfehlern 2003 eingestellt worden. Das Bundesverfassungsgericht hat damals sehr eindeutig festgestellt, dass unmittelbar vor und während der Durchführung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei die Beobachtung dieser Partei durch V-Leute staatlicher Behörden nicht gestattet ist und dass das den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren widerspricht. Genau auf diesen Verfahrensfehler seinerzeit hat das Bundesverfassungsgericht nun mit seinem Beschluss vom März noch einmal ein besonderes Augenmerk gelegt. [...]

Dennoch möchte ich darauf hinweisen und klarstellen, dass dieser Beschluss eben nicht die Abschaltung aller V-Leute fordert. Keine V-Leute in Landes- oder Bundesvorständen – das ist die genaue Aussage des Bundesverfassungsgerichts. Dies, nämlich V-Leute im Bundes- oder Landesvorstand, ist im Rahmen des ersten Verbotsverfahrens vom Bundesverfassungsgericht seinerzeit gerügt worden. Und nur alleine auf diese noch überschaubare Gruppe ist die Debatte über die Abschaltung der V-Leute jetzt auch zu fokussieren. [...]

Die Materialsammlung erfolgte ab dem 2. April 2012. Dass unser Bundesland, dass Mecklenburg-Vorpommern diese Belege liefern wird, dessen bin ich mir sicher, und ich gehe auch fest davon aus, dass alle anderen Bundesländer natürlich ebenso reagieren werden.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal etwas ganz Grundsätzliches sagen; den Grund noch einmal deutlich machen, der uns als demokratische Fraktionen hier so eng zusammenstehen lässt und auch zusammenstehen lassen muss: Die NPD muss mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden! Dazu gehört natürlich – und das ist von den Vorrednern der Demokraten auch so festgestellt worden – immer zunächst mal Aufklärung, zualtererst, aber dazu gehört auch immer konsequentes Auftreten gegen Rassismus, wo uns Rassismus begegnet.

(Stefan Köster, NPD: Sie sind doch Rassisten!)

Dazu gehört eine Stärkung der Zivilgesellschaft, und dazu gehört eben auch, wenn es nicht anders geht, gegebenenfalls ein Parteiverbot. Es ist doch so und es bleibt so – und da kann sich Herr Andrejewski hier vorne hinstellen und erzählen, welche Schlüssel irgendwo liegengeblieben sind –, es ist einfach so: Rechtsextreme versetzen in diesem Land Menschen in Angst und Schrecken. Sie stacheln auf zu Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Der Brandanschlag in Tröglitz ist doch nur ein Beispiel. Der Brand in einer Flüchtlingsunterkunft hat Politiker – übrigens nicht nur bei uns im Land, sondern auch im Ausland – wirklich mit Bestürzung versehen, die waren bestürzt, was in Deutschland wieder möglich ist. Wenige Wochen vorher trat dieser Bürgermeister, also im Grunde ein Kollege,

*(Udo Pastörs, NPD: Ja, Sie sind Bürgermeister. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

zurück, weil er Angst um seine Familie hatte. [...] Die NPD hat oft genug in ihren Reden hier im Landtag unter Beweis gestellt – und auch Sie haben das oft genug getan –, was sie vom Grundgesetz hält. Uns allen ist doch bewusst, dass rechtsextremes Gedankengut in den Köpfen der Menschen nicht mit einem Verbot

Schülerinnen und Schüler des Schweriner Goethe-Gymnasiums verfolgen die Debatte auf der Besuchertribüne des Plenarsaals.

der NPD verschwinden würde. Deshalb werden wir auch weiterhin über den Rechtsextremismus aufklären, damit die Menschen erst gar nicht diesen braunen Rattenfängern hinterherzulaufen beginnen. Mit einem Erfolg des Verbotverfahrens würden sich doch nicht alle Probleme irgendwie auflösen, es ist aber ein Zeichen und es wäre ein Zeichen für die Wehrhaftigkeit der Demokratie. [...]

Ich persönlich bin dieser Auffassung, und ich hoffe auch sehr, dass ein Gericht sich dieser Auffassung anschließen wird. Die Auseinandersetzung wird gerade jetzt vor dem Verfassungsgericht geführt. Minister Caffier hat sehr deutlich gemacht, dass der Bundesrat im Sinne des Beweisschlusses des Bundesverfassungsgerichts dort vortragen wird. Ich möchte deshalb noch einmal bekräftigen, dass alle demokratischen Fraktionen den Verbotsantrag begrüßen und die Landesregierung in ihrem weiteren Vorgehen unterstützen werden. Ich bitte um die Zustimmung zu diesem Antrag. Dankeschön.“

Abstimmung

Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Die NPD-Fraktion stimmte dagegen.

Drucksache 6/3883



Foto: Landtag M-V



Die Delegation des Landtages zum Parlamentsforum Südliche Ostsee in Hamburg. v.l. Jochen Schulte (SPD), Andreas Texter (CDU), Vizepräsidentin Beate Schlupp, Dr. André Brie (DIE LINKE), Vizepräsidentin Silke Gajek, Detlef Müller (Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses), Bodo Bahr (stellv. Direktor des Landtages).

Wissenschafts- kooperation

Landtag beim 13. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Hamburg dabei

Eine Delegation des Landtages unter der Leitung von Vizepräsidentin Beate Schlupp wirkte vom 19. bis 21. April am Parlamentsforum Südliche Ostsee in Hamburg mit. Schwerpunktthema war die Wissenschafts- und Hochschulkooperation in der südlichen Ostseeregion. Im Ergebnis ihrer Beratungen verabschiedeten die etwa 100 Teilnehmenden eine Resolution mit Feststellungen und Handlungsempfehlungen an die Entscheidungsträger auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

„Es ist wichtig, dass wir mit unseren Partnerregionen an einem Strang ziehen, wenn es um Herausforderungen geht, die alle Regionen in der südlichen Ostsee betreffen“, sagte Vizepräsidentin **Beate Schlupp** im Rückblick auf die zweitägigen Beratungen. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee sei dafür eine hervorragende Plattform. Handlungsbedarf bestehe beispielsweise angesichts des demografischen Wandels, des Fachkräftemangels und der ärztlichen Versorgung in ländlichen Gebieten. Die wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Themen sei Voraussetzung dafür, dass die Politik aktiv werden könne. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern widme sich im Rahmen seiner Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ der wissenschaftlichen Aufarbeitung des demografischen Wandels. Durch die Schwerpunktsetzung des Parlamentsforums könnten hier nun weitere Impulse gesetzt und die Arbeit der Enquete-Kommission und das Engagement des Landtages in überregionalen Gremien gebündelt werden.

Das Hauptthema des Hamburger Parlamentsforums, die Wissenschafts- und Hochschulkooperation, sei für Mecklen-

burg-Vorpommern als Wissenschaftsstandort von unmittelbarem Interesse, erklärte Schlupp und verwies auf wichtige Wissenschaftszweige im Land, wie die Biotechnologie, die Erforschung der erneuerbaren Energien und die Gesundheitswissenschaft – hier insbesondere die Entwicklung von telemedizinischen Produkten.

Beim Parlamentsforum beleuchteten Fachreferenten aus wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht das Konferenzthema. Diskutiert wurden auch die Mobilität von Studierenden im Ostseeraum und die Internationalisierung der Hochschulen, Förderinstrumente für den Wissenschaftssektor sowie Bildung und Weiterbildung durch E-Learning. Außerdem ging es um Maßnahmen zur Förderung von innovativen Entwicklungen durch Jugendliche und junge Erwachsene.

Abschließend verabschiedete das Parlamentsforum eine Resolution mit Handlungsempfehlungen an die Entscheidungsträger auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Die Resolution soll als Entschließungsantrag in das Plenum des Landtages Mecklenburg-Vorpommern eingebracht werden.

Die Arbeit des Parlamentsforums zur Gesundheitswissenschaft wird auch in die Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen, die Ende August in Rostock/Warnemünde stattfindet. Deren Hauptthema lautet Gesundheitspolitik und Gesundheitswirtschaft.

Im Rahmenprogramm der Tagung gedachte die Landtags-Delegation gemeinsam mit Abgeordneten aus Polen und Russland in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme der Opfer des Nationalsozialismus.

Parlamentsforum Südliche Ostsee

Im PSO arbeiten die Landtage Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, die regionalen polnischen Vertretungskörperschaften (Sejmiki) der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie die Kaliningrader Gebietsduma der Russischen Föderation zusammen.

Als Beobachter ist darüber hinaus die schwedische Region Schonen assoziiert.

Insgesamt wurde das Forum als erfolgreiche Fortsetzung der freundschaftlichen Zusammenarbeit im Ostseeraum gewertet. Delegationsleiterin und Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp bedankte sich für die hervorragende Organisation: „Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg hat sich als hervorragende Gastgeberin präsentiert.“

Mehr deutsche Titel im Radio?

Petitionsausschuss beriet Sammelpetition zum Musikprogramm von NDR 1 Radio MV

Zu wenig deutsche Titel im Radioprogramm des NDR? Das findet jedenfalls eine Bürgerinitiative, die sich deshalb an den Petitionsausschuss des Landtages gewandt hat. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk würde den Musikgeschmack der Generation Ü-60 zu wenig berücksichtigen, lautet die Kritik, der sich mehr als 1.000 Unterstützer mit ihrer Unterschrift angeschlossen hatten. Mit ihrer Sammelpetition fordern die Unterstützer den NDR auf, mehr deutsche Titel zu spielen und auch Schlager in sein Musikprogramm aufzunehmen. Wegen des großen allgemeinen Interesses führte der Ausschuss, der üblicherweise hinter geschlossenen Türen Bitten und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern behandelt, am 16. April seine Beratung öffentlich durch.

Um das Anliegen der Petenten in einem konstruktiven Gedankenaustausch zu erörtern, hatte der Ausschuss Elke Haferburg, Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Schwerin, Ilka Lochner-Borst, Vorsitzende des Landesrundfunkrates Mecklenburg-Vorpommern, sowie Viktoria Kaesehage von der Staatskanzlei eingeladen.

Einleitend verwies Ausschussvorsitzender **Manfred Dachner** auf den Grundsatz der Staatsferne des Rundfunks und betonte, dass der Petitionsausschuss auch nicht beabsichtige, dem NDR Vorschriften zur Gestaltung seines Radioprogramms machen zu wollen. Ziel der Zusammenkunft sei es vielmehr, der Auffassung der Bürgerinitiative nachzugehen, mit 80 Prozent englischsprachiger Musik würde der NDR die Vorgaben des NDR-Staatsvertrages zu Vielfalt und Regionalität nicht ausreichend berücksichtigen.

Als Landessender müsse und wolle NDR 1 Radio MV seinem Auftrag gemäß mit einem Mix aus Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung landesweit so viele Hörer wie möglich erreichen, betonte die Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Elke Haferburg. Mit Nachdruck trat sie der „häufig kolportierten“ Meinung entgegen, NDR 1 Radio MV sei der „Sender für die älteren Leute“. „Wir möchten jüngere Hörer dazugewinnen und die älteren Zuhörer nicht verprellen“, betonte sie. Deshalb sei das Programm, insbesondere die Musikauswahl, immer ein Kompromiss, um „so viele



Foto: Cornelius Kettler

v.l. Elke Haferburg, Programmdirektorin des NDR-Landesfunkhauses Schwerin, Ilka Lochner-Borst, Vorsitzende des Landesrundfunkrates M-V, Viktoria Kaesehage, Staatskanzlei, bei der Beratung des Petitionsausschusses zum NDR-Radioprogramm.

Menschen wie möglich in allen Altersgruppen zu erreichen“. Zudem würden die Musiktitel nicht „aus dem Bauch heraus“ ausgewählt, sondern auf der Grundlage einer wissenschaftlich fundierten Medienforschung, erklärte Haferburg.

Die Diskussion entzündete sich insbesondere am Thema Schlager. Deutsche Schlager seien zunehmend auch bei jüngeren Menschen beliebt, erklärten Mitglieder des Petitionsausschusses. Die Ablehnung des Senders, Schlager zu spielen, sei daher nicht nachzuvollziehen. Haferburg begründete diese Entscheidung mit der Polarisierung durch die Schlagermusik, die man entweder hasse oder liebe. Um Titel zu spielen, die am wenigsten „wehtun“ würden, habe man sich vom klassischen Schlager verabschiedet. Auch Hip Hop oder Heavy Metal kämen aus diesem Grund im Programm nicht vor.

„Der NDR arbeitet erfolgreich“, bekräftigte die Vorsitzende des Landesrundfunkrates Ilka Lochner-Borst. Dies würden die Mediaanalysen belegen, die das Gremium regelmäßig auswerte. Der NDR selbst führe auch Umfragen zur Akzeptanz seines Programms durch. Sie bot an, deren Ergebnisse auf Wunsch dem Petitionsausschuss zur Verfügung zu stellen. Gesonderte Umfragen zu einzelnen Musiksparten sind aus ihrer Sicht nicht sinnvoll, es gehe schließlich um alle Musikfarben.

Den Vorwurf, der NDR verstoße mit seinem Programm gegen die Vorgaben des NDR-Staatsvertrages, wies Viktoria Kaesehage von der Staatskanzlei zurück. Zudem würden die Mediaanalysen und die guten Einschaltquoten die Akzeptanz des Programms, auch in der älteren Hörergruppe, belegen. Kaesehage betonte, dass Rundfunkfreiheit auch Musikfreiheit bedeute: „Auf die Musikfarbe darf kein Einfluss genommen werden.“

Nach einer intensiven und auch emotional geführten Diskussion beschloss der Ausschuss zunächst, weitere Unterlagen zu den statistischen Auswertungen der Hörergruppen anzufordern und die Petition dann erneut intern im Ausschuss zu beraten.



Die Beratung wurde aufgezeichnet und kann auf dem YouTube-Kanal des Landtages angeschaut werden.

Sozialausgaben der Kommunen

Gemeinsame Sitzung von Finanzausschuss,
Innenausschuss und Sozialausschuss

Die Sozialausgaben der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern sind hoch – höher als in den anderen ostdeutschen Flächenländern. Warum das so ist und wie die Städte und Gemeinden überhöhte Ausgaben vermeiden können, wollte der Landesrechnungshof herausfinden und hat hierzu ein Gutachten in Auftrag gegeben. Am 9. April beschäftigten sich Finanzausschuss, Innenausschuss und Sozialausschuss im Rahmen einer gemeinsamen nicht-öffentlichen Anhörung mit diesem Gutachten und hatten hierzu den Autor eingeladen.

In einem einführenden Referat stellte Prof. Dr. Martin Junkernheinrich vom Lehrstuhl für Stadt-, Regional- und Umweltökonomie der TU Kaiserslautern den Abgeordneten sein Gutachten „Analyse der kommunalen Sozialausgaben in Mecklenburg-Vorpommern und im Ländervergleich“ vor. Die Untersuchungen hätten gezeigt, dass die Sozialausgaben in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern überdurchschnittlich hoch sind. Dies könne man zum Teil mit der höheren Fall-dichte in Mecklenburg-Vorpommern erklären. Größere Unterschiede im Ländervergleich lägen zudem auch bei den einzelnen Arten der Jugend- und Sozialhilfe vor. Deshalb sei eine Betrachtung der einzelnen Bereiche notwendig, um entsprechende Rückschlüsse ziehen zu können. Es sei im Rahmen dieses Kurzgutachtens nicht möglich gewesen, eine differenzierte Analyse unter Berücksichtigung aller relevanten Aspekte durchzuführen, schränkte Junkernheinrich ein. Um konkrete Handlungsempfehlungen ableiten zu können, seien weitergehende Untersuchungen notwendig. Bei der anschließenden Diskussion hinterfragten die Abgeordneten einzelne Aspekte der Analyse. Etwa, ob nicht eine Stärkung der präventiven Arbeit dazu führen könne oder sogar müsse, dass die derzeit hohe Fallzahl deutlich geringer

Sozialausgaben

Den Gemeinden obliegt allgemein die unmittelbare Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Beispielsweise unterhalten die Kommunen Schulen, Kindertagesstätten und Einrichtungen der Altenhilfe. Zu den Sozialausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände zählen insbesondere:

- Leistungen nach dem SGB II, vor allem Leistungen für Unterkunft und Heizung,
- Leistungen der Sozialhilfe sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII,
- Leistungen an Kriegsoffer o. ä. Anspruchsberechtigte,
- Leistungen der Jugendhilfe und
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

ausfalle? Es sei zwar denklogisch richtig, dass präventive Arbeit im Jugendhilfebereich später zu einer Kostenersparung führen müsste, antwortete Junkernheinrich. Allerdings seien Wirkungsanalysen in diesem Bereich sehr schwierig, zumal hierfür ein großer Zeitraum von zehn bis 20 Jahren betrachtet werden müsste. Insofern könne man die geäußerte Vermutung zur Wirkung präventiver Arbeit nicht empirisch belegen.

Eine weitere Frage bezog sich darauf, ob es empfehlenswert sei, eine Verpflichtung einzuführen, nach einem Zeitraum von drei bis sechs Monaten zu überprüfen, ob die ergriffene Maßnahme überhaupt geeignet sei. Hierzu empfahl Junkernheinrich, die Zweckmäßigkeit einer Maßnahme immer zu evaluieren, da einfache Dauerverlängerungen von ergriffenen Maßnahmen keine Lösung seien.

Letztlich regten einige Abgeordnete an, darüber nachzudenken, ob nicht noch ein Folgegutachten erstellt werden sollte. Dieses sollte auch die Daten nach der Kreisgebietsreform mit einschließen, da in das aktuelle Gutachten lediglich die Zahlen von 2009 bis 2011 eingeflossen seien.

Rückbau, Altschulden und Sanierungsstau

Öffentliche Anhörung im Innenausschuss zur
Zukunft kommunaler Wohnungsunternehmen

Der Innenausschuss hatte am 16. April den Städte- und Gemeindegtag M-V, die Stadt Friedland, den Verband der Wohnungsunternehmen sowie verschiedene Wohnungsgesellschaften eingeladen, um über die Lage der kommunalen Wohnungswirtschaft zu diskutieren. Anlass der öffentlichen Anhörung war der Sonderbericht des Landesrechnungshofes zur Zukunft der kommunalen Wohnungsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern.

Arp Fittschen vom Städte- und Gemeindegtag erklärte, dass es aufgrund der demografischen Entwicklung, aber auch wegen der Startbedingungen der Wohnungsunternehmen nach der Wende Probleme bei dem einen oder anderen Unternehmen gebe. Manche Unternehmen – auch im ländlichen Raum – stünden sehr gut da; andere hätten erhebliche Probleme.

Bernd Sagunski von der Wohnungsgesellschaft „Tau Hus“ mbH Bollewick mahnte: „Ein zweites Problem, was auf uns zukommt, ist die Finanzlage der Kommunen. Da die Kommunen Eigentümer der Wohnungen und finanziell nicht so sehr gut ausgestattet sind, ist speziell in kleinen Kommunen die Finanzlage dermaßen ernst, dass teilweise nicht mal das Geld vorhanden ist, eine Wohnung im Jahr zu sanieren.“



Foto: Jens Büttner

Modernisierter Plattenbau – anderen Blöcken droht wegen Leerstand der Abriss.

Der Bürgermeister der Stadt Friedland Wilfried Block konkretisierte die Problemlage: „Für eine Kleinstadt im strukturschwachen Raum ist die Wohnungswirtschaft existenziell, weil wir durch Bürgschaften finanziell verbunden sind mit der Wohnungsgesellschaft. Wir hängen mit acht Millionen Euro Bürgschaften drin. Wir haben jetzt dazu noch drei Millionen Euro Altschulden. Die sind mit über fünf Prozent in der Verzinsung und 0,2 Prozent Tilgung.“

Regina Nienkarn von der STEWO Sternberger Wohnungsbau-gesellschaft richtete sich direkt an die Abgeordneten: „Die erste Modernisierungswelle ist 20 Jahre her. Es muss wieder etwas getan werden. Aber durch den hohen Kapitaldienst fehlt uns die Luft, um hier ordnungsgemäß zu investieren. Deswegen ist für mich wichtig, Ihnen zu sagen, dass wir im ländlichen Raum dringend einen Strukturwandel brauchen, den aber nicht alleine schaffen werden und um Ihre Hilfe bitten müssen.“

Die Abgeordneten haben die Ausführungen sehr ernst genommen und diskutieren nun in den Fraktionen das weitere Vorgehen.

Sonderbericht des Landesrechnungshofes
Drucksache 6/3615

Agrarforschung

Agrarausschuss besucht Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei

Um sich über die Arbeit der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei (LFA) in Gülzow zu informieren, führte der Agrarausschuss seine Sitzung am 9. Mai vor Ort durch. Nach der Vorstellung der LFA und ihrer Arbeitsbereiche besichtigten die Abgeordneten einige Versuchsflächen.

Die LFA betreibt ausschließlich angewandte Agrarforschung in nahezu allen Bereichen der Landwirtschaft, des Gartenbaus und der Fischerei. Neben Gülzow, wo die ökonomische und Pflanzenproduktionsforschung angesiedelt sind, unterhält die LFA Einrichtungen in Dummerstorf (Tierproduktionsforschung) sowie in Rostock, Born und Hohen Wange-

lin (Fischereiforschung). Zudem verfügt sie über Versuchsflächen an den Standorten Vipperow und Tützpatz.

Die LFA arbeitet eng mit anderen Forschungseinrichtungen und Universitäten des Landes zusammen. Zudem gibt es Kooperationen mit universitären Einrichtungen in anderen Bundesländern sowie der Ressortforschung des Bundes.

Zu den aktuellen Forschungsthemen im Institut für Pflanzenproduktion und Betriebswirtschaft gehören unter anderem Landessortenversuche, Mähdruschfruchtproduktion, Verfahrensforschung, Nachhaltige Landwirtschaft, Nachhaltige Rohstoffe und Ökologischer Landbau.

Aktuelle Forschungsthemen im Bereich Tierproduktion sind nachhaltige Grünlandbewirtschaftung, effiziente Milchproduktion sowie standortangepasste Fleischproduktion.

Im Institut für Fischerei forschen die Mitarbeiter in den Sachgebieten Aquakultur sowie Fischerei-Bewirtschaftung der Binnen- und Küstengewässer. Unter anderem hat man eine Anlage zum Aufbau und der Entwicklung einer Zander-Aquakultur errichtet.

Das Gartenbaukompetenzzentrum schließlich ist für den Anbau- oder Arbeitsschwerpunkt Freilandgemüse zuständig. Forschungsthemen hier sind Nährstoffeffizienz, Bodenbearbeitung und -bewässerung, Pflanzenschutz, Produktqualität und Sortenwahl, ökologischer Gemüsebau und Obstbau.

Gerichtsstruktur

Rechtsausschuss stimmt für Ablehnung des Gesetzentwurfs des Volksbegehrens

Am 20. Mai befasste sich der Europa- und Rechtsausschuss mit dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens gegen die Gerichtsstrukturreform. Mehrheitlich stimmte der Ausschuss für dessen Ablehnung. Zusätzlich bekräftigte der Ausschuss mit einer Entschließung die Notwendigkeit der beschlossenen Neuordnung der Gerichtsstruktur. Ein Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE auf Änderung dieser Entschließung wurde mehrheitlich abgelehnt. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wird nun in der Junisitzung des Landtages abschließend behandelt.

Drucksache 6/3750

Umweltpreis des Landtages

Die Bewerbungsfrist für den Umweltpreis ist abgelaufen. Zum Thema „Initiativen zum Schutz und zur Entwicklung von Gewässern als Habitat und als natürliche Ressource“ wurden 13 Bewerbungen eingereicht. Diese werden nun von den bewährten Gutachtern Prof. Dr. Wolfgang Riedel (ehemals Uni Rostock) und Dr. Mathias Grünwald (Hochschule Neubrandenburg), der Abteilung „Wasser und Boden“ des Agrarministeriums sowie den umweltpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen geprüft. Die Jury will ihre Entscheidung über die Preisträger noch vor der parlamentarischen Sommerpause treffen.



Spannende Wortgefechte

„Jugend debattiert“ beim Landesfinale im Schweriner Schloss

„Soll in Deutschland Vorratsdatenspeicherung wieder eingeführt werden?“ Wer es bis ins Landesfinale von Jugend debattiert schafft, dem gehen auch bei solch einem Thema nicht die Argumente aus. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zollte den Jugendlichen Respekt ob der Sachlichkeit und Ruhe ihrer Reden. „Das würde ich mir manchmal auch im Landtag wünschen“, sagte sie. Bildungsminister Mathias Brodtkorb ergänzte: „Durch Jugend debattiert erleben die Schüler Demokratie in ihrer direktesten Form – der Debatte.“



Die besten Debattanten in M-V: v.l. Steven Giermann, Kim Ariane Schmidtchen, Jakob Ludwig Albrecht (alle Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium Neubrandenburg), Friederike Wende (Eldenburg-Gymnasium Lübz), Erik Jahn (Friedericianum Schwerin), Mette Bluhm (Werkstattsschule Rostock), Gregor Heilborn (Friedericianum Schwerin) und Torben Dehner (Richard-Wossidlo-Gymnasium Ribnitz-Damgarten)

„Vorratsdatenspeicherung bringt keinen großen Nutzen.“ Es verhindere keine Verbrechen, sondern helfe bestenfalls bei der Aufklärung. „Dafür wird aber jeder unter Generalverdacht gestellt.“ Gregor Heilborn hat eine klare Meinung zu seinem Abschluss Thema bei Jugend debattiert. Er steht im Plenarsaal am Rednerpult. Neben ihm auf der Kontra-Seite debattiert Erik Jahn. Auch er ist gegen die Speicherung, sieht darin die Gefahr für einen Missbrauch der Daten und eines Überwachungsstaates.

Die Argumente der beiden Gymnasiasten vom Schweriner Fridericianum prallen auf die Fürworte von Jakob Ludwig Albrecht und Steven Giermann. Die Elfklässler vom Albert-Einstein-Gymnasium in Neubrandenburg verweisen auf höchste Sicherheitsstandards bei Providern. Von einem Generalverdacht gegen alle Nutzer von Telefonnetzen könne keine Rede sein. „Nur wer unter Verdacht steht, wird analysiert“, sagt Steven. 24 Minuten lang fliegen die verbalen Bälle hin und her. So lange dauert die Debatte im Finale

Fotos: Landtag M-V



In der Finaldebatte der Altersgruppe 2 ging es um die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.

von Jugend debattiert. Dann zieht sich die Jury zurück. Für sie kommt es nicht darauf an, ob die Jugendlichen für oder gegen etwas sind, sondern wie sachlich, fundiert und überzeugend sie argumentieren. Die Bewertung orientiert sich an den vier Kriterien Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft.

Torben Dehner (Richard-Wossidlo-Gymnasium Rostock), Mette Bluhm (Werkstattsschule Rostock), Friederike Wende (Eldenburg-Gymnasium Parchim) und Kim Ariane Schmidtchen (Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg) wissen, wie sich das Warten anfühlt. Sie haben ihre finale Landesdebatte für die Altersgruppe 1 schon hinter sich, sich die Köpfe darüber heiß geredet, ob Schüler an weiterführenden Schulen verpflichtet werden sollen, im Rahmen eines Schulausflugs einen Gedenkort der deutschen Teilung zu besuchen. Am Ende gewann Kim Ariane vor Mette.

Die Jury macht es sich auch bei den vier Jungs aus der Sekundarstufe II nicht leicht. Als sie zurückkommt, wird es im Plenarsaal noch einmal mucksmäuschenstill. Dort, wo sonst die 71 Abgeordneten der fünf Landtagsfraktionen sitzen, warten rund 100 Mädchen und Jungen auf die Verkündung der letzten beiden Namen für das Bundesfinale in Berlin. Es sind Gregor und Steven.

Jugend debattiert

„Jugend debattiert“ ist ein bundesweiter Wettbewerb unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck. In Mecklenburg-Vorpommern haben im laufenden Schuljahr rund 5.350 Jugendliche aus 50 Schulen mitgemacht. Über Schul- und Regionalauswahl qualifizieren sich die Besten in der Altersgruppe 1 (Klasse 8 bis 10) und der Altersgruppe 2 (Gymnasium Klasse 10 bis 13) für das Landesfinale im Schweriner Schloss. Dort werden über zwei Vorrunden die jeweils vier besten Redner für die Abschlussdebatte ermittelt. Die Erst- und Zweitplatzierten beider Altersgruppen qualifizieren sich für das Bundesfinale am 27. Juni in Berlin. Träger des Projekts sind die Gemeinnützige Hertie-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung, die Heinz Nixdorf Stiftung und die Mercator Stiftung. Unterstützt wird „Jugend debattiert“ zudem von den Kultusministerien und den Parlamenten der Bundesländer.



Die Begegnung mit Batsheva Dagan werden die Zehntklässler aus Ueckermünde nicht vergessen.

Foto: Landtag M-V

„Du hast immer eine Wahl“

Schülerinnen und Schüler aus Ueckermünde treffen die Holocaust-Überlebende Batsheva Dagan

„Ich nehme von dem Treffen mit, dass man niemals die Hoffnung aufgeben sollte, egal wie aussichtslos die Lage scheint. Außerdem tragen wir die Sorge für unsere Nachwelt und sollten dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte nie in Vergessenheit geraten lassen.“ So wie Josi denken die meisten Zehntklässler vom Greifen-Gymnasium Ueckermünde, die beim Landtagsprojekt in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück am 18. und 19. Mai die Überlebende Batsheva Dagan trafen.

Zwischen der Ankunft in Ravensbrück und dem abschließenden Gedenken am Mahnmal für die ermordeten Häftlinge liegen nicht einmal 30 Stunden. Und doch lernen die 43 Mädchen und Jungen aus Ueckermünde wohl mehr als in -zig Unterrichtsstunden. Wenn sie künftig über Krieg und Faschismus, über Konzentrationslager und Völkermord lesen und hören, werden sie immer auch an Ravensbrück denken – und an die Begegnung mit Batsheva Dagan, die extra ihrretwegen aus ihrer heutigen Heimat Israel gekommen war. In dem ehemaligen größten Frauen-Konzentrationslager informieren sich die Schülerinnen und Schüler über viele Themen: die Schicksale inhaftierter Frauen, den Lageralltag, das Strafsystem im KZ, Geburten im Lager, medizinische Experimente an den Gefangenen, die Ausbildung der Aufseherinnen, den „normalen“ Familienalltag der SS-Offiziere. Sie wollen mehr erfahren und verstehen, was geschehen ist und warum sich so etwas nie wiederholen darf.

Am beeindruckendsten für die Jugendlichen sind die Gespräche mit Batsheva Dagan. Die polnische Jüdin war 17, als sie verhaftet und schließlich nach Auschwitz deportiert wurde. So alt wie ihre jungen Zuhörer. Auch heute, 70 Jahre

nach ihrer Befreiung, schmerzt die Erinnerung an die Qualen im KZ, an den Verlust der Eltern und fast aller Geschwister, an ständige Demütigungen, an Hunger und Krankheit. „Am schlimmsten war es, in ständiger Angst zu leben“, sagt sie zu den Schülern. Dass sie überlebte, verdankt Batsheva Dagan vielen glücklichen Zufällen – und ihrem unbändigen Willen zu leben und der Welt zu erzählen. Von einer Mitgefangenen lernt sie in Auschwitz sogar Französisch. „Ich wollte etwas für meine Seele tun“, erklärt sie, „etwas, was ich selbst entscheiden habe.“ So ist denn auch ihre wichtigste Botschaft an die Schülerinnen und Schüler: Jeder Mensch ist verantwortlich für das, was er tut. „Du hast immer eine Wahl“, sagt sie mit Nachdruck. Auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bestärkt die Jugendlichen darin, sich für Humanismus, Demokratie und Toleranz einzusetzen und nicht blind Ewiggestrigen hinterherzulaufen. „Ihr seid nicht Schuld an den Nazi-Verbrechen“, betont sie. „Aber ihr tragt Verantwortung dafür, was heute und in Zukunft geschieht.“

Meinungen

Man sollte jedem Menschen die Chance geben, sein Leben selber zu gestalten.

Frederic

Es ist so wichtig, das Leben nicht mit Hass zu verschwenden, sondern jeden Menschen zu achten und zu respektieren.

Friederike

Ich werde versuchen, in Zukunft mehr darauf zu achten, ohne Vorurteile zu leben, rücksichtsvoller und tolerant zu sein.

Moritz

Von diesen Tagen nehme ich mit, die Schüler mehr für dieses Thema zu sensibilisieren und vor allem sie dazu zu befähigen, ihren eigenen Kopf und Verstand zu nutzen und sich nicht hinter der Masse zu verstecken.

Ramona

Ein Projekt-Video gibt es auf dem YouTube-Kanal des Landtages.





Kurz vor Pfingsten ein weiterer Sensationsfund: Grabungsmitarbeiter Christian Erl legt ein sehr gut erhaltenes, 1050 Jahre altes Holzpaddel frei. Foto: Landesamt für Kultur und Denkmalpflege



Archäologin Marlies Konze leitet die Ausgrabungen im Innenhof des Schweriner Schlosses. Foto: Reinhard Klawitter

Slawischer Burgwall älter als angenommen

Funde im Schlossinnenhof bringen neue Erkenntnisse zur mehr als 1000-jährigen Besiedlung der Schlossinsel

Für das Team um Grabungsleiterin Marlies Konze ist die Baustelle im Schlosshof eine wahre Fundgrube. Seit die Archäologen im Sommer 2014 ihre Arbeit parallel zum Bau einer Versorgungsstrasse für den neuen Plenarsaal begonnen haben, fördern sie beinahe täglich neue, Jahrhunderte alte archäologische Schätze zutage: einen Viehpferch mit Siedlungsresten, Schmuck, Kleiderfibeln, Pfeilspitzen, schließlich sogar die Überreste eines bisher unbekanntes, auf das Jahr 965 datierten Burgwalls. Für neues Aufsehen sorgte kurz vor Pfingsten der Fund eines 1050 Jahre alten Holzpaddels.

Neuesten Erkenntnissen zufolge ist der freigelegte slawische Burgwall sogar noch älter als bisher angenommen. Nach Angaben von Marlies Konze, Grabungsleiterin vom Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, haben sogenannte dendrochronologische Untersuchungen ergeben, dass das für verschiedene Bohlen verwendete Holz im Jahr 942 geschlagen worden sein muss. Diese Datierung habe das Deutsche

Archäologische Institut in Berlin nach Begutachtung der Jahresringe derjenigen Hölzer vorgenommen, die beim Bau des ersten und damit ältesten Walls verwendet wurden.

Nach Einschätzung von Marlies Konze war der erste nun bekannte Burgwall etwa 4 bis 4 1/2 Meter breit und ebenso hoch. Rund 25 Jahre später sei dieser offenbar überbaut, verstärkt und erweitert worden, was sich aus den bisherigen Funden herleiten lasse, so Konze. Welcher Fürst der Obotriten für den Bau des ursprünglichen Walls verantwortlich ist, lässt sich bisher nicht sagen. Für die Zeit um 942 lasse sich zurzeit kein Name nennen, erläuterte die Grabungsleiterin. Wenige Tage vor Pfingsten dann erneut ein sensationeller Fund: der Grabungsmitarbeiter Christian Erl legt ein 1050 Jahre altes Holzpaddel frei! Das vollständig erhaltene, rund 90 Zentimeter lange Paddel befand sich zwischen Hölzern des slawischen Burgwalls aus dem Jahr 965.

Aktuell legen die Experten Teile des Walls frei, zerlegen dessen Elemente fachmännisch und sichern so den Fund dauerhaft. Dabei wurde das Holzpaddel entdeckt. Dieses wird nun zunächst in einer Flüssigkeit gegen Verwitterung geschützt. Während des Pfingstwochenendes hatten Besucherinnen und Besucher des Schlosses die Möglichkeit, einen Blick auf den besonderen Fund zu werfen.

Am „Tag der offenen Tür“



kann man sich im Schloss-Innenhof über die Ausgrabungen informieren. Archäologen sind für Erklärungen vor Ort. Zu sehen gibt es auch eine 3D-Animation der freigelegten Grabungsschichten.

Ein Video zu den Ausgrabungen gibt es auch auf dem YouTube-Kanal des Landtages.



Foto: Jörn Lehmann

Hereinspaziert

Landtag lädt zum Blick hinter die Kulissen ein

Wo einst die Herzöge von Mecklenburg residierten, wird heute demokratisch über die Geschehnisse des Landes entschieden. Seit 1990 ist das Schloss Sitz des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Das ist sogar in der Landesverfassung festgeschrieben.

Am traditionellen „Tag der offenen Tür“ bietet sich die Gelegenheit, die Arbeit des Landesparlaments besser kennenzulernen, mit Abgeordneten zu diskutieren und nicht zuletzt das Schweriner Schloss als einstige Herzogsresidenz und heutiges politisches Zentrum des Landes zu erleben.

**Tag der offenen Tür
im Landtag**
Sonntag, 21. Juni 2015, ab 10 Uhr



Fotos: Angelika Lindenbeck

Für Informationen und gute Laune ist gesorgt.



Der Plenarsaal ist zur Besichtigung geöffnet.

11.00 Uhr Podiumsgespräch: Welterbe Schloss – mehr als nur ein Traum?!

13.00 Uhr Jugendliche debattieren mit Abgeordneten

15.00 Uhr Podiumsgespräch: Baustelle Schloss – ein Ende in Sicht?!

PROGRAMM

IM SCHLOSS

Landtagsbereiche

Weißer Marmortreppe, 1. bis 4. Stock

Besichtigen Sie den Plenarsaal, das Ältestenratzzimmer, das Büro der Landtagspräsidentin, die Landtagsbibliothek sowie Büros und Beratungsräume der Abgeordneten.

Fraktionen

Rote oder Weiße Marmortreppe, 1. bis 4. Stock

Die im Landtag vertretenen Parteien öffnen ihre Fraktionsbereiche für Besucherinnen und Besucher und halten ein buntes Informations- und Unterhaltungsangebot für Groß und Klein bereit.

Lobby

Rote oder Weiße Marmortreppe, 3. Stock

Der Bürgerbeauftragte und der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit informieren über ihre Arbeit und stehen für Fragen zur Verfügung.

Baustelle neuer Plenarsaal

Rote Marmortreppe, 3. Stock

Auf der Baustelle erläutern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Vorhaben und beantworten Fragen.

NDR-Studio

Rote Marmortreppe, 1. Stock

Die Redakteure von NDR 1 Radio MV und dem Nordmagazin erklären, wie die Berichte aus dem Landtag entstehen und gesendet werden.

Raum der Landespressekonferenz

Rote Marmortreppe, 3. Stock

Journalisten informieren über ihre Arbeit als Politik-Berichterstatter.

Besuch bei Niklot/ Goldene Kuppel

Weißer Marmortreppe, 4. Stock

Hier kann man nicht nur Slawenfürst Niklot auf seinem weißen Pferd in Originalgröße bewundern, sondern hat auch einen schönen Blick auf Schlossbrücke, Alten Garten mit der Open-Air-Kulisse für „La Traviata“ und die Schweriner Altstadt. Wer noch höher hinaus will, kann sich hier auch für Führungen in die goldene Kuppel anmelden.

Ausstellung

Weißer Marmortreppe, 4. Stock

„Homophobie die Rote Karte zeigen“

Schlossmuseum

Rote Marmortreppe, 2. und 3. Stock

Die Wohn- und Festräume des Großherzogs mit Thronsaal und Ahnengalerie, dem früheren Waffensaal Hofdornitz, der neu eröffneten Silberkammer und der Porzellan-Ausstellung in den ehemaligen Kinderzimmern können besichtigt werden. EINTRITT FREI.

Foto: Annelika Lindenbeck



Von der Residenz der Herzöge zum Zentrum der Demokratie – am „Tag der offenen Tür“ können Sie die einstige und die heutige Nutzung des Schweriner Schlosses erleben.

SCHLOSS-INNHOF

NDR 1 Radio MV und das Nordmagazin präsentieren sich.

Archäologen erläutern ihre Ausgrabungen und sensationellen Funde.

Schlosskirche

Zur Besichtigung geöffnet. Mitglieder der Schlosskirchen-Gemeinde stehen für Fragen und Informationen zur Verfügung.

Der Sonntags-Gottesdienst findet bereits um 9 Uhr statt.

Landtags-Bistro

Zugang über den Innenhof und vom Museumsportal. Montags bis freitags gibt es hier leckeres und gesundes Mittagessen für die Abgeordneten und Landtagsmitarbeiter. Heute können Sie sich hier stärken!

BURGARTEN

Im Burggarten ist die Vielfaltsmühle des Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ aufgebaut. Es präsentieren sich über 20 Vereine und Verbände und werben für Demokratie und Toleranz, darunter:

Landtag mit einem bunten Informations- und Mitmachangebot, Landes-Datenschutzbeauftragter, Europäisches Integrationszentrum Rostock, EU-Informationsbüro des Landes, CSD Schwerin e.V., Klub Einblick e.V., LSVD-Landesverband, AIDS-Hilfe NWM, Regionalzentren für demokratische Kultur, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Verbraucherzentrale M-V, AOK NORDOST, UNICEF-Arbeitsgruppe Schwerin, Amnesty International Gruppe Schwerin, THW, Sky Deutschland, Diakonisches Werk M-V u.a.

Fotos: Angelika Lindenbeck



Programm-Highlight: Gemeinsam mit Slawenfürst Niklot auf Schwerin herabblicken.



Wie weit ist der Bau des neuen Plenarsaals? Ein Blick in die Baustelle gibt Aufschluss.



Die Schlosskirche lädt ab 10 Uhr zur Besichtigung ein.

Gesprächsrunden und Ausschüsse

Plenarsaal

Rote oder Weiße Marmortreppe, 3. Stock

Der Plenarsaal kann besichtigt werden – inklusive Probesitzen auf den Abgeordneten-Stühlen.

- 11.00 Uhr
**Welterbe Schloss – mehr als nur ein Traum!
Die Chancen der Schweriner Bewerbung**

Podiumsgespräch mit
 Sylvia Bretschneider,
 Präsidentin des Landtages
 Mathias Brodkorb,
 Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur
 Bernd Nottebaum,
 Stellvertretender Oberbürgermeister der Stadt Schwerin
 Norbert Rethmann,
 Vorsitzender des Welterbe-Fördervereins

- 13.00 Uhr
**Soll an Grundschulen in M-V anstelle der Schreibschrift
das Tastaturschreiben gelernt werden?**

Schüler vom Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar debattieren mit Abgeordneten.

- 15.00 Uhr
**Baustelle Schloss – ein Ende in Sicht?!
Vom Buddeln im Innenhof bis zum neuen Plenarsaal**

Podiumsgespräch mit
 Armin Tebben, Direktor des Landtages
 Tilman Joos, Plenarsaal-Architekt
 Dr. Detlef Jantzen, Landesamt für Kultur und
 Denkmalpflege, Landesarchäologe

Fachausschüsse

Rote oder Weiße Marmortreppe, 2. und 3. Stock
 Die Fachausschüsse des Landtages präsentieren ihre Arbeit. Fachpolitiker der Fraktionen stehen für Diskussionen und Gespräche zur Verfügung.

Fachausschüsse				
Raum	10.00 – 12.00 Uhr	12.30 – 14.30 Uhr	15.00 – 17.00 Uhr	
202	Innenausschuss	Energieausschuss	Enquete-Kommission „Älter werden in M-V“	
260	Wirtschaftsausschuss	Sozialausschuss	Agrarausschuss	
357	Europa- und Rechtsausschuss	Finanzausschuss	Bildungsausschuss	
360	Petitionsausschuss - ganztägig			



Beim traditionellen Mädchen-Zukunftstag (Girls' Day) am 23. April begrüßte Vizepräsidentin Beate Schlupp 16 Schülerinnen im Schweriner Schloss, die sich über Ausbildungsberufe in der Landtagsverwaltung und in den Fraktionen informieren wollten. Unter dem Motto „Fit für IT?“ konnten sich die Teilnehmerinnen beispielsweise über Informationstechnik und die Arbeitsabläufe des IT-Referates der Parlamentsverwaltung informieren. Dabei prüften sie berufsbezogene Fähigkeiten, reparierten und warteten Computer und erprobten sich an einfachen Programmierarbeiten. Zudem lernten die Schülerinnen Aufgaben und Arbeitsweise des Landesparlamentes kennen.

Dass sich Landtag und Spaß nicht ausschließen, beweist diese Familie, die beim Ramper Uferfest am 30. Mai am Stand des Landtages Station machte. Mit seinem Auftritt „Landtag vor Ort“ unterstützt der Landtag auch 2015 Demokratiefeste im Land. Auftakt war im Februar im Schweriner Schlosspark-Center. Am 1. Mai war der Landtag in Waren/Müritz vor Ort, am 30. Mai beim Ramper Uferfest dabei, und auch beim Demokratie-Kinder-und-Familienfest am 6. Juni in Lübbtheen wird der Landtag seine Zelte aufschlagen. Hier haben Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, mit Abgeordneten ins Gespräch zu kommen und ihre Meinungen, Fragen oder auch Anregungen zur Landespolitik zu äußern. Mit Quiz, Glücksrad und Kinderangeboten ist für Spaß und Unterhaltung gesorgt.

Am 11. Mai eröffnete Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück im Plenarsaal die Tagung des Eine-Welt-Landesnetzwerkes M-V „Wer entwickelt wen wofür? – Entwicklungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern“. Bei der Veranstaltung ging es vor allem um nachhaltige Konzepte für Landwirtschaft, Fischerei und Energiepolitik in M-V. Gastredner war Richard Kühnel (r.), Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, der sich anschließend zu Gesprächen mit dem Europa- und Rechtsausschuss des Landtages traf.

Armin Tebben, Direktor des Landtages M-V, begrüßte vom 10. bis 12. Mai seine Kolleginnen und Kollegen aus den Verwaltungen der übrigen deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zu einem Arbeitstreffen in Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Beratung in Waren (Müritz) ging es u.a. um Geschäftsordnungsfragen, Regeln sowie die öffentliche Wahrnehmung von Plenardebatten, Jugendprojekte und verschiedene rechtliche Fragen. Das Treffen der Verwaltungschefs diente insbesondere der Vorbereitung der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages, des Bundesrates und des südtiroler Landtages, die vom 14. bis 16. Juni 2015 in Rostock-Warnemünde stattfinden wird.

